

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

136 (14.6.1918)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Posthalter monatl. 1.10 M., 1/2jährl. 5.50 M., zugestellt durch unsere Träger 1.20 bzw. 5.60 M.; durch die Post 1.24 M. bzw. 5.72 M.; durch die Feldpost 1.25 M. bzw. 5.60 M., vorauszahlbar.

Anzeige: Werktag mittags, Geschäftszeit: 1/2-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 451.

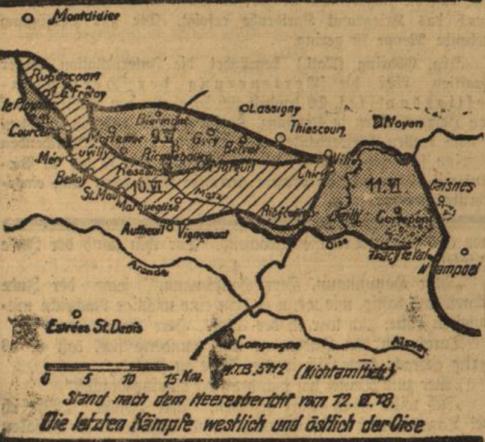
Eingaben: Die Spalt. Anzeigenzeit od. deren Raum 20 A. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Deutscher Tagesbericht.

Westlicher Kriegeschauplatz.
Herzoggruppe Kronprinz Rupprecht. Zeitweilig aufseher der Artilleriekämpfe. Derliche Infanteriekämpfe.
Herzoggruppe Deutscher Kronprinz. Südwestlich von Royon führte der Franzose erneut starke Gegenangriffe auf dem großen Roye-Citree-St. Denis. Unter schwersten Verlusten brach dieser Angriff zusammen. Mehr als 60 Panzernagen liegen zerstückelt auf dem Kampfplatze. Die Gefangenenzahl ist auf über 15 000 gestiegen. Die Beute an Geschützen beträgt nach bisherigen Feststellungen mehr als 150. Bei Abwehr der feindlichen Gegenangriffe fielen einige unserer bis in die vorderen Infanterielinien hinein aufgeführten Geschütze in Feindeshand.
 Südlich der Aisne drangen Sturmabteilungen in die feindlichen Gräben. Südlich der Aisne griffen wir nach starker Artilleriewirkung den Feind an und warfen ihn aus seinen Linien östlich von Cury-Dormiers über diese Orte hinaus zurück. Südlich von Corcy wurde der Sabiers-Grund vom Feinde geäubert. Wir machten mehr als 1500 Gefangene.
 Mehrfach wiederholte feindliche Angriffe nordwestlich von Chateau-Thierry brachen verlustreich zusammen.
 In den beiden letzten Tagen wurden 35 feindliche Flugzeuge abgeschossen. Hauptmann Vertbold und Leutnant Menckhoff erlangten ihren 33. Oberleutnant Gleich seinen 29. und 30., Leutnant Beltjens seinen 20. und 21., Hauptmann Reinhardt seinen 20. Luftsteg.
 Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 13. Juni, abends. (WB. Amtlich.)
 An den Kampffronten ist die Lage unverändert. Derliche Kämpfe südlich von Ypern, südwestlich von Royon und südlich der Aisne.



Die Kämpfe am Maas.

Berlin, 13. Juni. (Nicht amtlich.) Bereits um die Mittagsstunde des zweiten Angriffstages war die deutsche Beherrschung des Maas sicher gestellt. Zur Aufnahme der Trümmer seiner unter dem Stoß des deutschen Angriffes zerstückelten Divisionen hat der Franzose bis dahin vier neue Divisionen eingesetzt. Sie vermochten nicht, die Erlämpfung der Maas-Wiederung aufzuhalten und gerieten mit in den Wirbel der französischen Niederlage. Noch am Abend vollendete ein Regiment auch den Erfolg gegen Osten, indem es zu einer Zeit, wo der Franzose noch südlich davon auf dem Westufer der Dije Widerstand leistete, in unvorbereiteter Weise nicht vor Cambonne bis an die Dije vordrang und im überraschenden Sturm Riquebourg nahm. Der dritte Kampftag hat nun die erwarteten, von unserer Luftaufklärung schon tags zuvor mit wertvoller örtlicher Genauigkeit angelegten großen feindlichen Gegenangriffe gebracht. Sie legten den Schwerpunkt gegen den rechten deutschen Angriffskügel im Räume von Ayencourt bis nördlich Mery. Unter starkem Artillerieaufwand und Einsatz von Kampfgeschwadern brandete der Franzose gegen die neuen Linien an. Acht feindliche Tanks wurden an einer Stelle erbeutet. Auch gegenüber den neuen deutschen Linien südlich des Maas verübte der Franzose unter Einsatz starker Kräfte des Schloßhensglück nachträglich zu wenden. Auch hier zerschellten seine Angriffe an der prächtigen Haltung unserer Truppen. Noch bitterer erging es ihm im Ostteil des Maas-Mittels. Hier wurde der in breiter Linie auf den Wald nördlich Villers-sur-Coudon angelegte französische Gegenangriff vor dem Erreichen des Waldrandes schlagartig von der in Feuerstellung stehenden deutschen Artillerie gefolgt und zurückgeschlagen.

Nur Trümmer retteten sich in wilder Panik in den Wald zurück. Die im Maasgrund dem Feind bisher noch überlassene Ortschaft Chebencourt wurde unter konzentrischen deutschen Feuer genommen. Es erfolgte alsbald die Räumung. Der Gewinn des Hochgeländes hat sich am dritten Kampfstage bereits dahin ausgewirkt, daß die Franzosen auf dem Ostufer der Dije gegenüber Royon den ganzen Wald von Carlepont und auch den südlich anschließenden Bärenhorst verlassen mußten. Ein von Osten her angelegter deutscher Trupp vollendete diese letzte Räumungsbeugung. Mit Ausschüttung dieses durch den erfolgreichen Stoß gegen den Maas ausgeschütteten Sackes von Royon ist uns neben der Beute an Gefangenen und Material eine willkommene Frontverfestigung und Festigung unserer Stellung gegen Süden zugefallen.

Berlin, 13. Juni. (Nicht amtlich.) Die Gegenangriffe der Franzosen, in denen sie sich vergeblich bemühten, uns den Raumgewinn der Vortage wieder zu entreißen, haben erschreckend viel französisches Blut gekostet. Nach der Ueberstürmung des Riquebourg-Rückens flüchteten die Franzosen durch den Wald. Die wenigen für die Flucht vorhandenen Schneisen wurden von dem Verfolgungsfuß der deutschen Artillerie so sicher gefolgt, daß den Franzosen der Rückzug abgebrochen wurde und die fliehenden Trümmer fast ganz vernichtet wurden. Den ganzen Bergkamm entlang lagen französische Pferde, niedergebrosene oder im Stich gelassene Munitionswagen, neben ihnen durch den Luftdruck in Stücke gerissene Leichen der Gefallenen, die den Weg über die Maas nicht mehr erreichten. Im Südteil des Riquebourg-Waldes entdeckten deutsche Grenadiere den wehingerichteten Unterstand des dem Abschnitt befehligenden französischen Generals. Aus den Deckungen kamen mit erhobenen Händen die Franzosen und wurden rückwärts abgeführt.

Im Vorgelände von Compiègne.

Berlin, 13. Juni. (Privatmeldung.) „Echo de Paris“ meldet einer Basler Nachricht der „Nationalzeitung“ zufolge: Der deutsche Druck zu beiden Seiten der Dije verstärkt sich täglich. Der Feind hat neue Verstärkungen eingesetzt und seine Anstrengungen verdoppelt. Deutsche Vortruppen haben das Vorgelände der Stadt Compiègne erreicht.

Der Sturm auf Mareuil.

Berlin, 13. Juni. (Nicht amtlich.) Cury war genommen. Schrittweise wurde der ganze Gegner zurückgedrängt. Es gelang, eine besonders lästige 75 Millimeter-Batterie südlich von Cury in der Flanke zu fassen. Ein Geschütz war schon durch Volltreffer erbeutet. Unter dem Feuer der Schützen verließen die Kanoniere eiligst die Geschütze. Einer Probe gelang es, an ein seitwärts liegendes Geschütz heranzukommen und aufzupropfen. Schon ist fast der schwebende Gang erreicht, da wir unsere Geschütze die gesamte Bespannung zu Boden. Auch rechts und links der Straße werden zahlreiche völlig unversehrte Geschütze erbeutet. Aus einem Hohlweg feuern noch immer schwere Geschütze. Südlich sind die Unruhen an der Batterie. Was sich wehrt, wird niedergemacht. Vier Steilfeuergeschütze schwersten Kalibers sind erbeutet. Eines davon ist noch geladen. Ringsum liegt Munition in Menge. In Mareuil bersten unaufhörlich die schwersten Geschosse unserer Mörser. Die feindliche Artillerie baut ab. Ihre Gegenwirkung hat merklich abgenommen. Von rechts und links dringen die Truppen durch den Wald. Zahlreiche Gefangene werden rückwärts abgeführt. Um 5 Uhr nachmittags ist Mareuil in unserer Hand.

Der Geländegewinn.

Berlin, 12. Juni. (Nicht amtlich.) Der Geländegewinn der Deutschen seit dem 21. März beträgt 6166 qkm. In dieser Zahl ist der Geländegewinn des Angriffes zwischen Montdidier und Royon nicht einbezogen. Die Enterte konnte dagegen bei allen ihren großen Schlochten an der Somme, bei Arras und in Flandern lediglich 561 qkm in vielen monatelangen Kämpfen erobern. Die Gefangenenzahl seit dem 21. März ist mit dem letzten Erfolg an der Maas auf 208 000 gestiegen.

Oesterreich-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 13. Juni. (Nicht amtlich.) Amtlich wird verlautbart:
 In der italienischen Front geringe Gefechtsaktivität. In Albanien wurde das Vordringen der Franzosen an der Linie Mamia-Sinapremte zum Stehen gebracht.
 Der Chef des Generalstabs

Neue Versenkungen.

Berlin, 12. Juni. (Amtlich.) Im Mittelmeer wurden durch unsere U-Boote sechs Dampfer von zusammen 22 000 B.M.T. versenkt.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Frankösische Schurkerei gegen einen deutschen Lazarettzug.
 Berlin, 13. Juni. (Nicht amtlich.) In einer der letzten Nächte ist ein deutscher Vereinslazarettzug einem absichtlichen feindlichen Fliegerangriff zum Opfer gefallen. Ein französischer Flieger lag in der Nacht über den im beletzten Gebiete auf einem Nebengleis abgestellten Lazarettzug in geringer Höhe eine Leuchtbombe schweben, die den Zug taghell erleuchtete, sodas die lange Reihe der roten Kreuze in der geringen Höhe, in der der Flieger sich befand, deutlich erkennbar war. Trotzdem suchte sich der Flieger gerade dieses Ziel aus. Zuerst nahm er den Zug mit seinem Maschinengewehr unter Feuer und ließ dann viele Bomben fallen, die drei der Lazarettwagen zertrümmerten und neun beschädigten. Der Transportführer ist bereits seinen Wunden erlegen. Der Hilfsarzt liegt schwer verwundet im Krankenhaus. Nur wie durch ein Wunder sind die übrigen Infanteristen, abgesehen von leichten Verletzungen, unversehrt geblieben.

Wüten des Deutschenhasses in den Vereinigten Staaten.

„Times“ vom 24. Mai gibt folgende für den kulturellen Tiefstand Amerikas bezeichnenden Bericht über die Deutschenverfolgungen in Amerika wieder:
 Mit jedem Tag wächst der Haß auf alles, was deutsch ist, ob Sache, ob Person. In den größeren Städten werden täglich Leute verhaftet und empfangen Strafen von drei Monaten und mehr für deutsch- oder österreichfreundliche Äußerungen. Die meisten dieser Uebeltäter werden an Ort und Stelle von Privatleuten angezeigt oder in vielen Fällen auch verhaftet — da die Gerichte laut anerkannten, daß sie das Recht hierzu haben.
 Einige Fälle von Lynchjustiz, Töten und Federn und ähnlichen sanften Erinnerungsmitteln an die patriotische Pflicht ereignen sich im Westen und mittleren Westen täglich. Viele Ausschreitungen sind aber nicht die wirklichen Zeichen der Stimmung des Volkes. Größere Dinge sind im Gange. Die Schulbücher werden durchgesehen, um jede vorteilhafte Bezugnahme auf Bismarck und den Kaiser, wie auch untorleibliche Bemerkungen in Bezug auf britische Dinge und Könige auszumergen. Die Lehrer müssen den Treusid leisten.
 Die Boykottbewegung gegen deutsche Waren wächst rasend, und besonders unter den Frauen wird sie methodisch organisiert. Mein Eindruck ist, daß wenn der Krieg sich noch viel länger hinzieht oder die amerikanischen Truppen schwer mitgenommen werden, die amtlichen Stellen sich bis zum äußersten werden anstrengen müssen, um Eigentum und Person offenkundiger Deutscher zu schützen. Die eingewanderten Deutschen müssen sich jetzt entscheiden, ob sie Deutsche oder Amerikaner sind. Das Volk sagt: „Wer einmal ein Deutscher ist, bleibt immer ein Deutscher.“ Das glaube ich nicht. Es gibt täglich Gegenbeweise. Die besten Kenner halten dazu, daß in den nächsten Monaten Tausende von Deutschen sich für Amerika erklären werden. Es ist sicherer ein Amerikaner als ein Deutscher zu sein — und Furcht ist ein mächtiger Vermittler. (1)

Neue Kriegsnachrichten.

Berlin, 13. Juni. Während die Franzosen immer wieder Greuelberichte aus deutschen Gefangenenlagern erfinden, zeigen die Auslagen zurückgeführter deutscher Gefangener, wie traurig es in Frankreich um die Menschlichkeit Gefangenen gegenüber steht. Nicht nur, daß ihnen mit größter Selbstverständlichkeit sämtliche Wertgegenstände abgenommen werden, ist auch die Hygiene und der Schutz gegen die Witterung gleich Null. Die Strafen sind unermesslicher Art. In Chamblay mußten Bestrafte für das geringste Vergehen täglich drei Stunden vormittags und drei Stunden nachmittags einen bis zu 40 Pfund schweren mit Sand gefüllten Tornister tragen.

Berlin, 12. Juni. Einer Basler Meldung des „Berl. L.-A.“ zufolge berichtet der „Nouveliste de Lyon“ aus Paris: Der Militärkommandant von Paris, General Dubail, hat die Ausfuhr aller Zeitungen, die Inserate enthalten, ins Ausland verboten. Die Zeitungen, die ihre Expedition nach dem Ausland beibehalten wollen, müssen besondere Ausgaben herausgeben, in denen sich keine Anzeigen befinden.

Berlin, 13. Juni. (Nicht amtlich.) Wie Paris trotz aller gegenteiligen Presseberichten unter den deutschen Fliegerangriffen und Ferngeschützen leidet, zeigen neuerliche Nachrichten. Der Gare de Lyon wurde durch eine Bombe schwer beschädigt, als gerade ein Transportzug einlief. Die Verluste waren erheblich. Durch die weittragenden Geschütze wurde schwerer Schaden in der Stadt hervorgerufen.

Rotterdam, 13. Juni. (Nicht amtlich.) Wie der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erzählt, haben die deutschen Kriegsgefangenen an Bord des Dampfers „Sindoro“ gleich nach dem Unglück der „Königin Regentes“ eine Sammlung für die Hinterbliebenen der verunglückten Mannschaften veranstaltet, die 140 M. einbrachte.
 (Weitere Kriegsnachrichten siehe Seite 5.)

ches
 thaus.
 Juni, 1/8 Uhr
 nder.
 beiten!
 reicher und
 Arbeiten z.
 geführt vom
 erberfr. 83
 8779

en
 uflösung
 annehmbaren
 egeben:
 11te, 1 flur-
 fische, Waf-
 it Post und 2
 derbetten und
 ant, Spiegel
 8786

nd Verkauf
 re 69
 dorffstr.

pparate
 rößen, Gelee-
 steintöpfe in
 ernoimeter für
 it u. ohne Prä-
 sigen Preisen

arg, 8790
 Fernruf 8086.

suche
 ar und andere
 llau, Rück-
 rüchtig Befante
 eide die glän-
 zwieseln hat.
 reis. 8644

baumann,
 llerin
 6, part.

ning,
 Fiobert,
 ronen, werden
 ft in 8577

ubs
 urgeschäft,
 e 52.

ten!
 ch. Betten von
 schenshrant,
 Wöbellager
 Straße 25, 8779

ge
 hen
 ort
 cht.
 raebener
 itelfabrik
 117, 8781

mus!
 zu verkaufen.
 R. Köhler
 r. 25, 8773

unge
 chen
 15 bis 17
 joort ein-

Brauerei
 uhe. 8784

rkstraße.
 am hier, mit
 hier, Grenadier

Silda Martha,
 ora, V. Paul
 r, Berdehänd-
 Walter Erich,
 Karl Duhner,
 öbner. Helena,

ve von Franz
 meister, Witt-

Ein Schritt vorwärts in der Steuer-gesetzgebung.

Von Wilhelm Keil, M. d. R.

Das sogenannte Besitzsteuerkompromiß stellt einen kräftigen Schritt nach vorwärts auf dem Wege zur Reichseinkommens- und Vermögenssteuer dar. Das muß festgestellt werden, wenngleich die einzelstaatlichen Finanzminister gerade die Besteuerung des regulären Einkommens dem Reiche immer noch nicht gestatten wollen. Sie klammern sich noch an das letzte Zipflein ihres Prinzips, wonach der Besitz nur von den Bundesstaaten belastet werden darf. Zu Dreiviertel haben sie dieses Prinzip preisgegeben müssen, weil eine starke Mehrheit des Reichstags darauf bestand; und sie hätten auch das letzte Viertel noch opfern müssen, wenn die Mehrheit auch in diesem Punkte fest geblieben wäre.

Der von allen Fraktionen des Reichstags mit Ausnahme der Konservativen gestellte Antrag wollte die Summe von 12 Milliarden für das Jahr 1918 aufbringen durch eine Kriegsabgabe vom regulären Einkommen, durch eine erhöhte Kriegsabgabe vom Mehrerwerb und durch eine Ergänzungsgabe vom Vermögen. Die erhöhte Kriegsabgabe vom Mehrerwerb und die Ergänzungsgabe vom Vermögen haben die Finanzminister zugestanden, die Kriegsabgabe vom regulären Einkommen wollen sie dem Reiche nicht zukommen lassen. Es würde dem Reichstag leicht möglich sein, auch in diesem Punkte die Finanzminister zum Nachgeben zu zwingen, wenn er nur wollte. Die Parteien, die hinter dem gemeinsamen Antrage stehen, brauchen sich nur nichts abhandeln zu lassen. Die bundesstaatlichen Finanzminister würden es sicher nicht darauf ankommen lassen, daß der Reichstag das ganze Steuerbudget verwerfen und den Fehlbetrag von etwa 3 Milliarden im Etat für 1918 auf Matrikularbeiträge umlegen würde. Nach der Reichsverfassung könnte der Reichstag diesen Weg unbedenklich beschreiten. Wollen doch die Konservativen in dieser Richtung noch weiter gehen und nach einem im Ausschuss gestellten Antrag die Einzelstaaten für die Kriegsjahre, nicht nur für das Jahr 1918, mit „erhöhten Leistungen“ zu dem Bedarf des Reiches an Zinsen und laufenden Ausgaben heranziehen. Da die Einzelstaaten zu diesen erhöhten Leistungen nur durch höhere Einkommensbesteuerung befähigt würden, so hieße das, auf dem Umweg über die Einzelstaaten dieselben Einkommen zur Deckung der Reichslasten heranzuziehen, die auf dem geraden Wege zu erfassen dem Reiche verwehrt wird.

Es ist um so bedauerlicher, daß Zentrum, Nationalliberale und Fortschrittler nicht zu den naheliegenden Druckmitteln greifen wollen, um den Bundesrat zur Annahme des Antrages in seinem ganzen Umfang zu bestimmen, weil das reguläre Einkommen bereits einmal Gegenstand der Reichsbesteuerung war. Der Wehrbeitrag von 1913 sah eine gestaffelte Abgabe aller Einkommen von mehr als 5000 M. vor. Wenn die Finanzminister sich zu diesem Zugeständnis in Friedenszeiten verstanden, so ist kein Grund zu sehen, warum man ihnen das nicht auch angesichts des ungeheuren Geldbedarfs des Reiches im Kriege zumuten darf, zumal der gemeinsame Besitzsteuerantrag nur die Einkommen von mehr als 20 000 Mark heranziehen wollte.

Wenn die Finanzminister nun das Mehrerwerb- und das Vermögen der Besteuerung durch das Reich preisgeben, so bedeutet das auch eine Preisgabe ihres Prinzips. Auch Mehrerwerb- und Einkommen ist erst im Kriege eingeführt worden, um besser an die Kriegsgewinne heranzukommen. Daß besondere Verhältnisse berechtigt ist, zeigt die Tatsache, daß in Preußen die Zahl der Besitzten mit einem Jahreseinkommen von mehr als 100 000 M. von 5815 im

Jahr 1914 auf 8226 im Jahr 1917 und die Summe ihres steuerpflichtigen Einkommens in demselben Zeitraum von 1265 Millionen auf 2287 Millionen Mark gestiegen ist. Im Jahre 1918 läßt sich von diesen Besitzten in Preußen allein mit den Steuerträgen, die der gemeinsame Antrag im Auge hat, eine Mehrerwerbsteuer von nahezu einer halben Milliarde erheben.

Wie die Steuer vom Mehrerwerb, so ist auch die vom Vermögen eine Einkommensteuer. Die Vermögenssteuer wird aus dem Vermögensantrag, nicht aus dem Vermögensbestand bezahlt. Sie bildet eine Sondersteuer auf das sogenannte fiktive Einkommen. Beachtung verdient auch, daß die Vermögensabgabe progressiv gestaffelt werden soll. Die einzelstaatlichen Vermögenssteuern sind fast sämtlich proportional gestaffelt, d. h. es wird ein einheitlicher Prozentsatz erhoben von allen Vermögen ohne Rücksicht auf deren Größe. Die von der Sozialdemokratie geforderte Staffelung ist stets abgelehnt worden mit der Begründung, daß die schärfere Staffelung der Mehrerwerbsteuer mit Hilfe der Einkommensteuer erfolge und eine nochmalige Steigerung des Steuertrages beim Vermögen nicht zulässig sei. Jetzt ist man aber bei der progressiv gestaffelten Vermögenssteuer angelangt. Sie soll mit 1 vom Tausend bei Vermögen von 50 000 Mark beginnen und ansteigen bis zu 5 v. T. bei 1 Million und darüber.

Die bürgerlichen Mitantwärtler begnügen sich mit diesem Erfolg, weil mit der Mehrerwerbsteuer 800—830 Millionen, mit der Vermögenssteuer etwa 400 Millionen, zusammen also etwa die gewünschte Summe von 1,2 Milliarden Reichseinnahmen gewonnen werden könne. Das ist wahrlich kein Grund, auf die Besteuerung des einfachen Einkommens durch das Reich zu verzichten. Denn das Reich darf die überflüssige Staatsvolk nicht länger fortsetzen, die es in den Kriegsjahren betrieben hat, wenn es nicht den schlimmsten Gefahren entgegen gehen will. Es darf nicht die Milliardenausgaben für die Opfer des Krieges und selbst die Summen für die Teuerungszulagen an seine Beamten durch Anleihen decken. In dieser bedenklichen Finanzwirtschaft liegt auch die Gewißheit begründet, daß die neue Besitzbesteuerung keine „einmalige“ bleiben wird, ob der Krieg bald zu Ende geht, oder im nächsten Jahre noch fortdauert. Das Reich braucht im nächsten Jahr auf jeden Fall weitere 8 Milliarden Einnahmen, wenn es seine laufenden Ausgaben reell durch Steuern decken und nicht auf Schulden nehmen will. Es wird dann nicht nur bei der jetzt zu schaffenden Besteuerung des Vermögens und des Mehrerwerbs bleiben, sondern die Besteuerung des regulären Einkommens von einer bestimmten Untergrenze an hinzukommen müssen.

Einen Schritt vorwärts bedeutet es auch, daß die Mehrheitsparteien die Bedingung stellen, es müsse gleichzeitig mit dem diesjährigen Steuergesetz der Reichsfinanzhof geschaffen und den Reichsstaatsbeamten erweiterter Befugnisse und eine gesicherte Rechtsstellung gegeben werden. Der Bundesrat wird dieser Forderung entgegenkommen und damit die notwendige Vereinheitlichung der Steuergesetzgebung im Deutschen Reiche ein gut Stück fördern müssen, ob er will oder nicht.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer. — 59. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 13. Juni.

Die Besprechung der in Verbindung mit dem 10. Abschnitt der Regierungsentwürfe stehenden Anträge und Interpellationen wird fortgesetzt. — Abg. Spang (Zentr.) begründet den Antrag seiner Fraktion über die Geschäftsführung der Kommunalverbände. Die Tätigkeit der Kommunalverbände sei, nachdem sie sich in ihr Gebiet eingearbeitet hätten, im allgemeinen anzuerkennen, immerhin bestesse da und dort einiges Mitzutun, das nicht immer begründet sei. Gegen Einsparungen des Kommunalverbandes, wenn sie sich in Grenzen halten, könne man keine Einwendungen erheben. Für ungerechtfertigt halte ich die Art der Befragung, indem man den Landwirten Lebensmittel

verwehrt wenn sie mit der Ablieferung ihrer Erzeugnisse im Rückstand sind. — In der gleichen Angelegenheit hatten Anträge eingebracht die Abg. Hertle (N. B.) und Massa (F. B.). In der Begründung legte der letztgenannte Redner besonderen Wert auf die Zusammenziehung der Ausschüsse. Wenn sich Mißstände zeigen (Redner bringt hierfür einige Beispiele) muß die Regierung unnahezu einmütig einschreiten.

Abg. Martin (Zentr.) begründete die von seiner Fraktion eingebrachte Interpellation über Höchst- und Verkaufspreis für Produkte von Landwirtschaft, Industrie und Handel. Es wird dabei auf das Mißverhältnis zwischen dem für landwirtschaftliche Produkte festgesetzten Höchstpreis und die Grenzlosigkeit der Verkaufspreise für Industrie und Handelsprodukte hingewiesen, insbesondere für notwendige Bedarfsartikel.

Staatsminister von Bobman erklärte, in der Verantwortung der Interpellation, daß auch der Regierung bekannt sei, welche hohe Preise manche Industrie- und Handelsereignisse angenommen haben, wodurch die Lebenshaltung der minderbemittelten Bevölkerung zu erheblicher Sorge Anlaß gebe. Die Preisregelung erstreckte sich jedoch keineswegs auf landwirtschaftliche Erzeugnisse. Zugabe sei jedoch, daß bei längerer Dauer des Krieges ein weiteres Vorgehen notwendig werde; allem könne hier nichts unternommen. Die bad. Regierung werde aber die nötigen Schritte in Berlin unternehmen. Auch für landwirtschaftliche Erzeugnisse werden übrigens hohe Preise bezahlt, zum Beispiel für Vieh und Kartoffeln. Die Höchstpreise haben eine ganz außerordentliche Höhe erreicht; diese Gelder fließen ja lediglich in die Taschen der Landwirte; man will auch keine Höchstpreise, um einen Anreiz zur Schweinezucht zu geben. Nicht nur in den Häusern der Landwirte und die Kommissionen, auch die Geschäfte der Schutzhändler usw. werden im Auftrag des Landespreisausschusses kontrolliert.

Abg. Spang (Zentr.) begründete die Interpellation seiner Fraktion über die Lederknappheit. Die Interpellation verlangt, ungeachtet wirkungsvoller Gegenmaßnahmen zur Schaffung des Schuhwertmangels. Vor allem müsse angesichts der gewaltigen Gewinne der Lederindustrie, die in keinem Verhältnis zu den gestiegenen Hautpreisen stehen, die zunehmende Preissteigerung für fertiges Schuhwerk mit lebhafter Beförderung erfüllt. Der Redner geht im folgenden auf die Tätigkeit der Kriegsgewerkschaften ein; wenn man sehe, wie es da zugehe, müsse man sagen, daß es ein aufgelegter Schwindel sei. (Präsident Kopp rügt diesen Ausdruck.)

Staatsminister v. Bobman weist darauf hin, daß die Kriegsgewerkschaft eine amtliche Einrichtung ist. Dem Ausdruck des Herrn Abg. Spang, daß unsere Kriegswirtschaft ein Schwindel sei, muß ich auf das entschiedenste entgegenstellen. Wenn bei den Kriegsgewerkschaften Verfehlungen vorgekommen sind, so ist mit aller Schärfe eingeschritten worden. Der Staatsminister geht im folgenden auf die Versorgung mit Leder und Schuhen ein und legt die Bestimmungen der badischen Regierung hierüber dar. Daß ein Schwindel mit Leder stattfindet, wird wohl richtig sein; für Schuhwerk müssen aber auch die Arbeitergehälter einen Bezug haben. Wenn diese jetzt noch gutes Schuhwerk haben, so rübt das daher, daß sie eben auch früher schon mehr Schuhe besaßen, die noch gut erhalten sind. Die Lederknappheit für die Zivilbevölkerung, hervorgerufen durch den ungeheuren Bedarf des Heeres, ist bedauerlich, daß nicht auf jeden einzelnen der Zivilbevölkerung im Jahre ein Paar Schuhe kommt.

Abg. Grelcher (Zentr.) begründete die Interpellation seiner Fraktion über den Mangel an Benzol, Petroleum und Karbid. — Staatsminister von Bobman wies in der Verantwortung darauf hin, daß die Abgabe von Benzol für landwirtschaftliche Maschinen durch das Kriegsmat. Karlsruhe erfolgt. Die zur Verfügung stehende Menge ist gering.

Abg. Gühring (Nat.) begründete die Interpellation seiner Fraktion über die Verteuerung der Herrenkonfektionsartikel. Es handelt sich dabei um den Massenverkauf von Herrenkleidern in Konstanz, Karlsruhe und anderen Städten. Einem realen Kleiderhandel wird niemand einen entsprechenden Gewinn schmälern wollen. Aber wenn statt mit 30 bis 40 Prozent mit 100 und mehr Prozent gerechnet wird, dann muß eingeschritten werden.

Tarasz Bulba.

Von Nikolaus Gogol.

(Fortsetzung.)

Die Rede des Hauptmanns gefiel den Kosaken. Sie erhoben wieder das Haupt und viele von ihnen gaben durch Nicken des Kopfes ihre Zustimmung zu erkennen und sagten: „Kulubenko hat gut gesprochen!“ Allein Tarasz Bulba, der nicht weit vom Getman stand, sprach: „Nun, Getman, Kulubenko hat wohl die Wahrheit gesprochen. Was kannst du hierauf antworten?“

„Was ich antworte? Das will ich dir sagen: Selig ist der Vater, der einen solchen Sohn gezeugt hat. Es ist noch kein Zeichen von großer Weisheit, ein Wort des Vorwurfs zu sagen, es ist ein weit größeres, sich bei dem Unglück eines Menschen nicht lustig zu machen, sondern ihm Mut einzureden, so wie die Sporen das Pferd zu neuen Leistungen antreiben, das sich an der Tränke erfrischt hat. Ich hatte selbst die Absicht, auch später ein paar tröstliche Worte zu sagen, Kulubenko ist mir jedoch vorgekommen.“

„Auch der Getman hat gut gesprochen“, tönte es jetzt aus den Reihen der Saporoger. „Ein gutes Wort“, wiederholten andere. Sogar die Aeltesten unter ihnen, die wie blaue Lärberiche dasitzen, nickten mit den Köpfen, rümpften die mit grauen Schnurrbärten gezierter Lippen und sagten leise: „Ja, ja, das war gut gesprochen.“

„So hört denn, ihr Herren“, fuhr der Getman fort, „die Stadt zu erklimmen, ihre Mauern zu erklimmen und unterirdische Gänge anzulegen, wie es die ausländischen deutschen Meister tun — die der Teufel holen mag — das ist nicht Kosakenart und auch nicht ihre Sache. Aber nach dem zu urteilen, wie die Sache liegt, so ist der Feind nur mit wenig Vorräten in die Stadt eingezogen. Er hat ja nur ein paar Wagen mit sich geführt. Die Leute in der Stadt sind ausgehungert und werden daher alles auf einmal aufessen; auch die Pferde brauchen ja Heu — ich weiß nicht, vielleicht schüttet ihnen einer ihrer Heiligen etwas auf ihre Gabeln herunter — Gott mag es wissen — ihre Priester verzeihen sich zwar nicht auf Worte. Sei dem nun wie ihm wolle, jedenfalls sollen sie uns nicht aus der Stadt herausschicken. Teilt auch also in drei Stunden und befehlt die drei Wagen, die an drei Türen

führen. Fünf sollen sich vor dem Hauptort und je drei vor den beiden anderen aufstellen. Die Jüdische und Korkische Abteilung dagegen bleiben im Hinterhalt liegen. Ebenso der Hauptmann Tarasz mit seiner Abteilung. Die Litawische und Timoschewische Abteilung decken die Vorräte auf der rechten Seite der Wagen. Die Abteilung Schitserbinow und Lebkow die linke. Und ihr, ihr Jungen, die ihr Haare auf den Zähnen habt, tretet mal hervor aus euren Reihen, um den Feind ein wenig zu reizen! Der Wolk ist ein hoher Patron, er vertritt keine Beschimpfungen und vielleicht kommen sie noch heute aus den Toren herausgelaufen. Die Hauptleute sollen ihre Abteilungen gut im Auge behalten! Wenn es an Kosaken fehlt, der soll sie aus den Reihen der Berejaslawischen Abteilung ergänzen. Wartet sie noch einmal ordentlich. Gebt jedem Kosaken vorher noch ein Glas Brantwein, damit er wieder nüchtern wird und ein Stück Brot zur Stärkung. Aber ihr seid sicher noch alle satt von gestern, denn — der Wahrheit die Ehre — ihr habt euch gestern so voll gegessen, daß ich mich höchlichst wundere, wie heute Nacht keiner von euch geplagt ist. Ja, und noch eins habe ich euch zu sagen: sollte irgend ein jüdischer Schenkwirt einem Kosaken ein Maß Brantwein verkaufen, so lasse ich dem Hund ein Schweinsohr an die Stirn nageln und ihn an den Weinen aufhängen! Doch nun ans Werk, ihr Brüder, auf! Freich ans Werk!“

Der Getman gab keine Anweisungen und alle verneigten sich tief vor ihm und begaben sich, ohne die Mützen aufzusetzen, zu ihren Wagen und ins Lager zurück; erst als sie schon ganz weit waren, bedeckten sie wieder ihre Häupter. Alle begannen sich zu rüsten und zum Kampfe vorzubereiten, sie prüften die Säbel und Lanzen, schüttelten Pulver aus den Säcken in die Pulverhörner, rühten und stellten die Wagen zurecht und suchten sich die besten Pferde aus.

Als Tarasz zu seiner Abteilung zurückkehrte, dachte er lange darüber nach, wo wohl Andrij weilen könnte und er konnte es sich durchaus nicht erklären, wo er geblieben war. Er fragte sich, ob man ihn vielleicht zusammen mit den andern gefangen genommen oder ihn im Schloß gefesselt habe — aber nein, Andrij war nicht der Mann, sich lebend gefangen nehmen zu lassen. Unter den erschlagener Kosaken war er auch nicht zu finden. Tarasz verließ in tiefen Sinnen und schritt draußen keine Abteilung ab, ohne zu hören, daß ihn schon lange jemand beim Namen rief. „Wer will was von mir,“ sagte er endlich

wie aus einem Traume erwachend. Vor ihm stand der Jude Jankel.

„Herr Hauptmann, Herr Hauptmann,“ sagte der Jude schnell und hastig, wie wenn er ihm eine wichtige Nachricht mitzuteilen hätte, „ich war in der Stadt, Herr Hauptmann.“

Tarasz sah den Juden an und wunderte sich, daß er es fertig gebracht hatte, sich in die Stadt zu schleichen.

„Wer zum Teufel hat dich denn da hineingebracht?“

„Ich wills Euch sofort erzählen,“ sagte Jankel. „Wie ich bei Tagesanbruch das Schreiben und Schreiben der Kosaken hörte, da ergreift ich so schnell wie möglich meinen Arkan und lief ohne ihn anzugehen, so rasch ich konnte dahin; erst unterwegs fuhr ich in die Kermel. Ich wollte nämlich die Urjache des Lärmes erfahren und nachsehen, warum die Kosaken in so früher Stunde schliefen. Ich lief immer vorwärts und kam grad in dem Augenblick an das Tor, als das letzte Regiment in die Stadt einzog. Wohllich sehe ich den Herrn Fähnrich Galsandowitsch an der Spitze der Truppen. Ich kenne ihn sehr gut, er schuldet mir schon seit drei Jahren hundert Dufaten. Ich ging also hinter ihm her, wie wenn ich ihn an seine Schuld mahnen wollte, und gelangte auf diese Weise in die Stadt.“

„Wie bist du denn in die Stadt hineingekommen, wenn du doch nur eine Schuld eintreiben wolltest,“ sagte Bulba, „hat er dich denn nicht sofort aufhängen lassen wie einen Hund?“

„Ja, bei Gott, das wollte er tun!“ antwortete der Jude. „Seine Diener hatten mich schon gepackt und mit dem Strick um den Hals gelegt; ich aber schlehte den Herrn an und sagte, daß ich mit meiner Schuld warten würde, solange der Herr es wünscht, ja ich verprügel ihn sogar noch mehr zu leiden, wenn er mir nur helfen wolle, das Geld von den anderen Wirteln einzutreiben; denn der Herr Fähnrich hatte — um gleiches alles zu sagen — nicht einen einzigen Dufaten in der Tasche. Wenn er auch viel Land, einige Güter, vier Schlösser und Grund und Boden besitzt, der bis an das Tor der Stadt Schloß reicht, er hatte doch keinen baren Großen — wie ein rechter Kosak! Und wenn ihn jetzt zum Beispiel nicht ein paar Breslauer Juden ausgerüstet hätten, hätte er gar nicht in den Krieg ziehen können. Deshalb war er auch nicht zum Reichstag gekommen.“

(Fortsetzung folgt.)

Staatsminister von Bobman teilte mit, daß die Vorgänge augenblicklich vom Landespreisamt gründlich untersucht würden. Da die Reichsbekleidungsstelle mehrere Millionen Kleider beschaffen mußte, so war sie genötigt, verschiedene Wege einzuschlagen. Alle Sachverständigen der Reichsbekleidungsstelle waren der Ansicht, daß auch bei einer Beschaffung sich wesentlich niedrigere Preise nicht ergeben hätten, als beim freihändigen Ankauf. Nur bei Anträgen aus der Friedenszeit, die also schon eine Zinsenlast von vier Jahren tragen, wurden Zuschläge von 50 Prozent bewilligt, bei anderen wesentlich geringere.

Hg. Dr. Schöfer (Zentr.) begründete die Interpellation seiner Fraktion über die Einberufung ländlicher Seerespächter zur Erntezeit. Er betonte dabei, es dürfe gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Interpellanten in erster Linie sich von der Ansicht leiten lassen, daß es notwendig sei, nicht nur die Front zu halten, sondern auch vorwärts zu tragen. Allerdings dürfe man dabei das Interesse der Landwirtschaft nicht aus dem Auge lassen. Die jetzt erfolgte Einberufung der jungen landwirtschaftlichen Kräfte mitten in der Ernte würde einen großen Ausfall von Arbeitskräften.

Staatsminister von Bobman führte in der Beantwortung zu der Interpellation aus: Ich begrüße es, daß der Herr Abg. Schöfer die Interpellation von dem hohen Gesichtspunkte aus begründet hat, der allein in dieser Zeit maßgebend sein muß. Es ist begreiflich, wenn infolge der Einberufung der jungen Landwirte Besorgnis entstanden ist. Die hiesige Regierung hat sich auch sofort mit dem stellv. Gen.-Kommando ins Benehmen gesetzt und um weitgehende Erleichterungen gebeten. Wir dürfen aber nicht aus dem Auge lassen, daß wir auf dem Höhepunkt des Kampfes um unsere Existenz stehen, und es muß deshalb für eine vollständige Ausführung der vorhandenen Läden und für eine möglichst Vereinfachung der wasserwirtschaftlichen Manuskripte, geordnet werden. Deshalb ist es nicht möglich, so allgemein Zurückstellungen vorzunehmen zu können. Aber es soll das Mögliche geschehen, was geschehen kann und zunächst werden nur die Nichtlandwirte einberufen werden, so daß der nicht einberufene Teil sich durchweg aus Landwirten zusammensetzt. Reklamationen werden möglichst Rechnung tragen. Sie dürfen überzeugt sein, daß das Ministerium des Innern und das stellv. Generalkommando im Interesse der Volksernährung allen Wünschen weitgehend Rechnung tragen wird, und alle Schwierigkeiten zu überwinden sucht, die sich aus den Einberufungen ergeben. (Bevo.) Zu dem Antrag Bandach über eine Vermehrung der Zahl der Kriegsgefangenen in der Landwirtschaft möchte ich mitteilen, daß die bad. Landwirtschaft jetzt im Juni 1918 über 3000 Kriegsgefangene mehr hat als im Juni 1917. Es werden ihr aus der Zahl der jüngst gemachten Kriegsgefangenen noch weitere Arbeitskräfte zugewiesen werden. (Bevo.)

Hierauf wird in die allgemeine Besprechung des letzten Abschnitts der Regierungsentwürfe über die Lebensmittel- und Futtermittelversorgung und über die Anträge und Interpellationen eintritt. — Hg. Weishaupt (Zentr.) dankt dem Staatsminister für seine Mitteilungen. Neben dem Antrag des Landwirtschaftsministeriums auf dem Lande, eine verstärkte Kontrolle für Produkte der Großindustrie und den neuen Wirtschaftssplan und hat die Regierung, dafür zu sorgen, daß die Preisprämien für Getreide mit später Ernte länger gewährt wird. Mit der Getreidelieferung war Boden im Rücken, das dürfte auch darauf zurückzuführen sein, daß unsere Kleinparzellenwirtschaft zu hoch eingeschätzt wurde. Die Ernteaussichten für 1918 sind keine schlechten, wenn auch da und dort durch Frost usw. einzelne Schäden angerichtet wurde. Der Stand der Feldfrüchte ist ein normaler, zum Teil ein sehr guter. Wenn uns die anderen Teile des Reiches nicht im Stiche lassen, werden wir bessere Ernährungsverhältnisse in Aussicht haben. Die Landwirtschaft hat das menschenmögliche getan und tut es noch, man muß aber dafür sorgen, daß der gute Wille der Landwirtschaft erhalten bleibt. Hier wird um 1/2 Uhr die Sitzung abgebrochen und die Weiterberatung auf nachmittags 1/4 Uhr vertagt.

Zweite Kammer. — Nachmittags-Sitzung.

Karlstraße, 13. Juni.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkt Präsident Kopf, er müsse nachträglich eine Verhörung des Abg. Weishaupt rügen, der in der Vormittags-Sitzung gesagt habe, es sei eine Schande, wie von der Reichsbekleidungsstelle gegen die Landwirte vorgegangen werde. Dieser Ausdruck geht über das parlamentarische Ausdrucksmaß hinaus.

Hg. Weishaupt (Zentr.) bemerkt, es sei nicht seine Absicht gewesen, gegen den parlamentarischen Gebrauch zu verstoßen.

Staatsminister von Bobman äußerte sich zur Saferablieferung und führt aus, nicht allein die badische Regierung, sondern auch das Kriegsernährungsamt habe sich dagegen ausgesprochen, daß den Landwirten, die jetzt Safer abliefern, mehr bezahlt werde, als denjenigen, die früher ihrer Ablieferungspflicht nachgekommen sind. Die Oberste Seerespächterleitung habe aber das Verlangen gestellt, einen höheren Höchstpreis festzusetzen, weil es unbedingt notwendig war, möglichst rasch Safer für das Heer herbeizuschaffen. Im folgenden ging Staatsminister v. Bobman auf die bisherigen Ausführungen ein und legte zunächst die Tätigkeit des Baubundes dar. Wenn der Baubund 30 Prozent Zuschlag nehme, so tue er das für die Kostanteile und für die Verwaltungskosten und außerdem für das Bagnis, welches der Baubund beim Abzahlungsgeschäft übernimmt. Wer seine vom Baubund bezogenen Möbel bar bezahlt, erhält einen Nachlaß von 10 Prozent. Der Baubund geht von seinem Grundlag, gemeinnützig zu wirken, nicht ab. Die Verbraucher haben keinen Grund, mit dem Baubund unzufrieden zu sein, aber die Abzahlungsgeschäfte der Gewerbetreibenden. Die Türklinten werden nur in jenen Fällen abgenommen, in denen sich das Material als brauchbar erweist und erst wenn der Ertrag sicher gestellt ist. Die Häuser, die in Etappen lagern, sind der Landwirtschaftskammer überwiesen, es fehlt aber an Material und Handwerkern, um die Häuser wieder herzustellen, die allerdings durch die Lagerung nicht besser werden.

Hg. Krauth (Nat.): Es hat lebhaftes Aufsehen erregt, daß ein Fünftel des Fangs von Bodenseefischen an Württemberg und Bayern geht im Hinblick auf die dorthin erfolgten Lieferungen von Fischen zu Friedenszeiten. Dabei haben wir nichts davon bemerkt, daß das Allgäu seine Friedenslieferungen von Fische im Krieg aufrecht erhält. Die kleinen Garnisjonsstädte sind bei der Lebensmittelverteilung schlimm dastehen. Die Maßnahmen der Regierung für den Fremdenverkehr sind dankbar zu begrüßen. Durch die Tätigkeit des Landespreisamtes ist Baden von den Schanderjähmitteln gesäubert worden. Diese Maßnahmen sind zu begrüßen. Bei den Wassermitteln sollte man alle verfügbaren Mittel zurückerhalten, denn sie werden die Wäpche. Der Redner befaßte sich im folgenden mit der Kohlenber-

forzung und mit der Ablieferung der Herrenkleider. Die von dem Hg. Weishaupt gemachte Bemerkung, die Landwirte müßten oft einen Frieden und wenn es nur ein Frieden um jeden Preis wäre, müssen wir scharf zurückweisen in dem Augenblick, in dem unsere Truppen um einen guten deutschen Frieden kämpfen. Wir verkommen nicht, daß unsere Regierung unter schwierigen Umständen das Beste gewollt hat.

Hg. Stodinger (Soz.):

Auch der Ernährungsausschuß konnte nicht mehr Mehl schaffen, aber er konnte in mancher Hinsicht eine Besserung erwirken. Für die Zwangswirtschaft können wir nicht viel übrig haben, aber trotzdem müssen wir an dem System festhalten und fordern, daß alle Lebensmittel erfährt werden. Milch darf nicht abgeklachtet werden und der Schweinebestand muß erhalten werden. Ferkelhöchstpreise sind erforderlich und ebenso ist es notwendig, daß eine gleichmäßige Fleischrationierung in allen Städten erfolgt. Ist die Kartoffelernte wieder günstig, sollte man abermals das Bezugsverfahren wieder zulassen und die Kopfmenge erhöhen. Getreide und Safer sind voll zu erfassen, damit sie nicht verfäutert werden; sie sind ein Ersatz für die kleine Brotration und für Milch und Fett. Im allgemeinen könnte noch mehr Milch der Bevölkerung zukommen, denn der Schleichhandel mit Butter blüht noch immer. Der Verbraucherzucker wird leider unregelmäßig verteilt. Aus der Brotverkürzung haben wir die Lehre zu ziehen, daß eine rationelle Ausschüttung des Viehes möglich ist. Wer nicht genügend abfüttert, dem muß man Petroleum, Zuder usw. sperren. Die norddeutschen Einflüsse bei der Preisgestaltung sind leider zu stark. Große Zustimmung hat es dann aber hervorgerufen, daß in so vielen Notizen, gegen die keine Zensur eintritt, gesprochen worden ist von dem Brotfrieden in der Ukraine, trotzdem die maßgebenden Stellen wissen mußten, daß das, was hier der Bevölkerung gesagt worden ist, nicht wahr ist. Nachdem man wußte, daß man die Verpredungen nicht halten kann, hätte man die Bevölkerung darüber aufklären müssen. Was wir wissen, ist, daß wir weniger Brot, weniger Fleisch und weniger Einmachgüter erhalten. Was uns dafür versprochen wird (Mehrmittel und Zuder) ist recht wenig und bietet keinen Ausgleich für den Ausfall. Zu dem anfänglichen Versprechen, es werde mehr Fleisch gegeben, wird heute entgegengehalten, daß die Fleischration verringert wird, daß Bayern fleischlose Wochen einführt. Die Landwirtschaft ist kaum mehr in der Lage, das nötige Fleisch aufzubringen. Wir werden auch auf Gemüse vertrieben. Ich stand gestern auf dem Wochenmarkt neben einer Bauersfrau, die hatte nur einige Rettiche zu 75 Pfennig das Stück.

Die konservativen Vorschläge im

Antrag Köpfe

sind sehr bedenklich. Der Redner beipflichtet eingehend die einzelnen Punkte dieses Antrages. Wenn dieser Antrag durchgeführt würde, könnte England triumphieren. Zwei Erlasse, die ich vor mir liegen habe, sind der beste Beweis für die Behauptung, daß man eben mit den Lebensmittelfragen nicht auskommen kann. Die Ersatzmittel sind manchmal recht zweifelhafter Art. Von dem Versprechen, daß andere Völker, wie in Rußland, Italien usw., auch hungern, wird unsere Bevölkerung nicht satt. Sodann wird immer auf die hohen Verdienste hingewiesen, welche die Arbeitererträge mache. Was das tatsächlich zutrifft, gehört es zu den Seltenheiten. (Redner belegt diese Ausführungen mit mehreren Beispielen.) Fragen muß man sich, wo die Fische des Bodensees hinkommen. Unerbötlich sind die Weinpreise und unverständlich ist es, daß man bei den Weinhöchstpreisen auf halbem Wege stehen gelassen ist. Unverständlich ist die Kürzung des Einmachgüters, nachdem erst kürzlich Herr Bodenschen erklärt hat, es sei viel Zuder im Ausland gewandert. Oder wird die Sparnis beim Einmachgüter als Prozugsatz gegeben? Wie es bei der Obstbaumzählung zugegangen ist, erscheint nicht ganz klar. Der Bevölkerung bemächtigt sich der Eindruck, daß es hier nicht mit rechten Dingen zugehe. Man gebe den Marmeladefabrikanten weniger Zuder und der Bevölkerung mehr. Wer Geld hat, der hat Leber, Stiefel und auch Staffe. Warum hat man vor den Großkonfektionären und den Textilbaronen die Segel gestrichen? Will man auf diesem Gebiete heute rationieren, dann wird es zu spät sein. Vor mir liegen einige Tabakpäckchen, die das Meer verteilt. Das ist der größte Schwundel des Jahrhunderts. Da ist gar kein Tabak drinnen. Das ist nur Buchenlaub, wofür 750 Mk. pro Zentner bezahlt werden. In den Tabaken ist der ganze Schmutz des Waldes noch vorhanden. Wenn die Heeresverwaltung nichts anderes hat, soll sie es den Soldaten jagen bevor man die Türriegel hat, sollte man erst einmal die Messingstangen usw. in Straßenbahnwagen, Eisenbahnwagen und Hotels holen. Die Ersatzstoffe bringen einem kleinen Kreis einen ungeheuren Gewinn. Wir schlagen dem Hause vor, einem von uns eingebrachten Antrag zuzustimmen, der folgendermaßen lautet:

„Nach Kenntnisnahme des Abschnittes 10 billigt die Kammer die Maßnahmen der Regierung insoweit, als sie sich mit der Frage der Organisation beschäftigen. Nicht einverstanden ist die Kammer mit den Maßnahmen der Preispolitik und der Bekämpfung des Wuchers.“

Staatsminister v. Bobman: Durch diesen Antrag wird ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung beantragt. Ich verziehe diese Haltung der Sozialdemokratie nicht; ich halte den Antrag für eine ungerechte Beurteilung meiner Tätigkeit und derjenigen der übrigen Regierungsbeamten. Ich finde, daß diese Beurteilung auch nicht in Uebereinstimmung zu bringen ist mit der Haltung, welche die Sozialdemokratie bisher gegenüber den Maßnahmen der Regierung eingenommen hat und welche ihre Vertreter auch im Ernährungsausschuß einnahmen. Ich muß mich auch dagegen wenden, daß der Herr Abg. Stodinger den verbündeten Regierungen den Vorwurf gemacht, sie hätten falsche Nachrichten über den Brotfrieden zugelassen. Die Vorräte sind in der Tat vorhanden, die Schwierigkeiten, sie herbeizuschaffen, sind aber sehr große. Auch dagegen muß ich mich äußern, daß der Herr Abg. Stodinger gesagt hat, der beste Beweis, daß man mit den rationierten Lebensmitteln nicht auskomme, sei darin zu sehen, daß der sogenannte kleine Schleichhandel behördlich zugelassen sei. Eine spätere Zeit wird gewiß unseren Maßnahmen gerecht werden.

Hg. Massa (F. V.): Die Preissenkung über Ernährungsfragen sollte aufgehoben werden. Die Kaufleute sollen 50 Kilo Zuder verteilen, bekommen aber nur 48 1/2 Kilo. Die einzelnen Personen sollte man bei der Zuderverteilung nicht übergehen. Wenn die Kartoffelernte einigermaßen gut ausfällt, muß man das Bezugsverfahren wieder zulassen. Eine große Anzahl Städte kann sich direkt vom Dampbe versorgen. Die Vorkämpfer über das

Beeren sammeln kann man nicht billigen. Die Klagen über den schlechten Tabakertrag sind von dem Abg. Stodinger schon vorgebracht worden. Die Dinge liegen hier im Argen. Dem neuen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion werden wir nicht zustimmen, nachdem in dem Antrag des Ausschusses das Wort „nach Möglichkeit“ eingefügt worden ist.

Hier wird um 1/8 Uhr die Sitzung abgebrochen. Nächste Sitzung Dienstag, 18. Juni, nachmittags 1/4 Uhr. Tagesordnung: Stiftungsgesetz.

Deutsches Reich.

Erhöhung des Brotpreises. Das Kriegsernährungsamt teilt mit: Ein Berliner Blatt bringt in seiner heutigen Morgenausgabe eine Zuschrift aus Kreisen des Reichstagespräsidenten über eine bevorstehende Heraushebung der Getreidepreise. Soweit in dieser Zuschrift von Absichten des Kriegsernährungsamtes die Rede ist, sind diese falsch und unvollständig wiedergegeben. Eine eingehende Mitteilung darüber wird erfolgen, sobald Bundesrat und Ernährungsamt in der Angelegenheit gehört sind. Schon jetzt ist aber festzustellen, daß die in dem Blatt für das kommende Wirtschaftsjahr berechnete Brotpreiserhöhung von 6-8 Pfg. das Pfund gegenüber den der Beratung zugrunde liegenden Entwürfen des Kriegsernährungsamtes um ein Vielfaches zu hoch angegeben ist. — Die Erhöhung des Brotpreises wird also nicht beirriten.

Die preussische nationalliberale Landtagsfraktion hat sich am Mittwoch vormittag in einer Fraktionsitzung mit der Frage des Vorhubs beschäftigt, nachdem der Abgeordnete Rohmann den Vorhuf endlich niedergelegt hat. Man kam überein, zunächst bei den ungeklärten Verhältnissen innerhalb der Fraktion von der Wahl eines Vorsitzenden Abstand zu nehmen und die Leitung der Fraktion dem Gesamtverband übergeben. Die Geschäfte soll das dienstälteste Mitglied dieses Gesamtverbandes führen. Dieses dienstälteste Mitglied wäre der Staatssekretär des Reichsjustizamtes Dr. Krause, bei dessen Stellung es aber ausgeschlossen erscheint, daß er die regelmäßige Geschäftsführung übernehmen könnte. Infolgedessen geht diese Funktion über auf das nächstdienstälteste Mitglied, den Abgeordneten Hausmann.

für unsere Soldaten.

Einschränkung des Urlauberverkehrs.

Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Es war im Laufe des Frühjahr aus zwingenden Gründen militärischer und verkehrstechnischer Natur notwendig gewesen, den Urlauberverkehr auf der Westfront und damit auf den eisenbahntechnischen Bahnen auf die allernotwendigsten Fälle zu beschränken. Von dieser Maßregel, die naturgemäß den Einzelnen immer persönlich unangenehm berührt, sind sowohl die im Land zureichenden Soldaten als auch die ausreisenden Angehörigen der hier liegenden Feld- und Beurlaubungsstruppen gleichermaßen betroffen worden. Es ist deswegen eine ganz unberechtigte Auffassung, als sei diese allgemein angeordnete Maßnahme nur mit Wirkung auf die eisenbahntechnischen Heeresangehörigen ergangen. Solchen gerüchthelhaft auftauchenden Meinungen, die gewöhnlich ohne weitere Nachprüfung nachgerast werden, fehlt jede positive Grundlage. Es gilt nach wie vor der Grundsatz, der in mehreren kriegsmilitärischen Erlassen niedergelegt ist, daß eisenbahntechnischer bei Urlaubsbereitungen ebenso zu berücksichtigen sind wie alle anderen Heeresangehörigen, wobei anzustreben ist, jedem Heeresangehörigen innerhalb eines Jahres einmal ausreichend Urlaub zu gewähren, sofern es die militärischen Interessen irgend zulassen.

Berichtszeitung.

Die Stiefel im Gasthaus. Das „Amtsblatt des Deutschen Gastwirtsverbandes“ veröffentlicht folgende gerichtliche Entscheidung, die gerade jetzt in der Reisezeit der allgemeinen Aufmerksamkeit wert ist. Ein Herr hat in der Nacht zum 5. August 1917 in einem Gasthof in Köln a. Rh. in der früher üblichen Weise seine Schuhe zum Reinigen vor die Zimmertür gestellt. Hier sind sie gestohlen worden. Gegenüber der auf Ertrag des Schadens mit angeblich 70 Mk. gerichteten Klage des Gastes berufen sich die besagten Gasthofbesitzer darauf, daß in jedem Zimmer ein Anschlag angebracht gewesen sei, der die Gäste warnte die Schuhe vor die Tür zu stellen, und Schadenersatz der Hotelbesitzer ablehnte. Der Kläger bestreitet dies, hält es aber für unerheblich und behauptet, den Anschlag nicht gelesen zu haben. Das Amtsgericht Köln hat die Entscheidung über den Grund des Anspruchs von der Leistung des dem Kläger darüber zugesprochenen Sides abhängig gemacht, daß er den fraglichen Anschlag gelesen habe. Auf die Verurteilung der besagten Hotelbesitzer hat das Agl. Landgericht Köln in seinen Entscheidungsgründen dem Sinne nach ausgeführt: „Das Verurteilungsgericht mag sich den Ausführungen des Vorderrichters nicht anschließen. Die Verhältnisse in dem Betriebe der Gastwirtschaften haben sich im Laufe des Krieges geändert. Gerade in Gasthöfen sind Diebstähle jetzt an der Tagesordnung. Bei der Herabminderung der Zahl der Bediensteten kann die Aufsicht nicht in der gleichen Weise wie in Friedenszeiten ausgeübt werden. Es kommt hinzu, daß in der heutigen Zeit Stiefel als Wertstücke anzusehen sind, zu deren sicheren Aufbewahrung der Gast vermünftigerweise selbst beitragen muß. Berücksichtigt man dies alles, so konnte zum mindesten in einem großen Gasthofe mit Durchgangsverkehr im August 1917 es nicht mehr als üblich angesehen werden, daß der Gast die Schuhe vor die Türe stellte. Es ist dies nicht mehr i. S. des § 701 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches als der Ort anzusehen, an den die Stiefel bestimmungsgemäß gebracht werden. Die Klage ist unbegründet, sie mußte unter Überänderung des Vorurteils abgewiesen werden.“

Baden.

Neuerungen im Postverkehr. Am 1. Juli wird in der Zeitungsbestellung für den Postbezug nicht politischer Zeitungen und Zeitschriften bei der Reichspost eine Neuerung eingeführt werden. Bisher war es nur möglich, die Zeitungen auf die Dauer eines Vierteljahres zu bestellen, dann mußte die Bestellung bei dem betr. Postamt erneuert werden. Vom 1. Juli ds. Js. ab werden verdruckene Daueranmeldungen bei der Postzeitungsbestellung eingeführt; sie gelten auf ein Jahr oder bis zum Jahresabschluss. Zunächst wird die Dauerbestellung nur auf Zeitschriften, Vereins- und Fachzeitungen ausgedehnt.

Stillingen (Amt Bonndorf), 13. Juni. Zwei Söhne des Freizeits Willim im Alter von 9 und 13 Jahren sind beim Baden in der Batach ertrunken.

Pforzheim, 13. Juni. Die Ehefrau Josef Köhl, die Ehefrau Emilie Kunz und die Ehefrau Ludwig Rißner wurden unter dem Verdachte verhaftet, weil sie sich gegen den § 218 Strafgesetzbuch vergangen haben sollen.

Willingen, 14. Juni. Die Landwirte und Kuhhalter von Willingen sind beim Gemeinderat Willingen mit der Bitte um Erhöhung des Milchzuckerpreises auf 33 Pfg. für einen Liter Vollmilch vorstellig geworden.

Kirchbach, 14. Juni. Beim Ausladen von Heu geriet ein Soldat mit der eifelischen Stronkleitung in Verührung und wurde getötet.

Aus der Partei.

Landesversammlung der Sozialdemokratie Sachsens.

Nach vierjähriger Pause trafen am Sonntag im Volkshaus zu Dresden die Vertreter der sächsischen Parteigenossen zu einer Landesversammlung zusammen. Neben den Delegierten aus den 23 Reichstagswahlkreisen des Landes, den Mitgliedern des Landesvorstandes und der Bezirksvorstände waren 10 Reichstagsabgeordnete, etwa die Hälfte der sozialdemokratischen Landtagsfraktion und als Vertreter des Parteivorstandes Genosse Wollensbühr erschienen. Nach der Eröffnung durch den Genossen Eggert in Dresden, erlittet im Auftrage des Landesvorstandes Genosse Sindermann den Geschäftsbericht. Er konnte kein günstiges Bild entrollen. Mehr als in den meisten anderen Einzelstaaten haben die Kriegswirren und Kriegsnöte in Sachsen die Parteiorganisation in Mitleidenhaft gezogen. Auch der Parteifreie hat hier eine besondere Festigkeit erreicht und auch, namentlich im Agitationsbezirk Leipzig, zu beträchtlichen Aufsplitterungen geführt. Während 1914 ein Mitgliederstand der politischen Organisationen von 177 555 festgestellt werden konnte, konnten 1918 nur noch 23 701 gemustert werden. Doch sind nicht weniger als 56 826 zum Heere eingezogen, die natürlich nicht mehr als Mitglieder geführt werden können. Die abgesplitterten fünf Kreise, wo die Organisation zu den Unabhängigen abgeschwächt ist, hatten allein 62 000 Mitglieder. Das trägt zur Erklärung des Niederganges bei. Freilich, die Unabhängigen werden von diesem Bestande allzu viel nicht mehr haben. Genosse Sindermann wies in seinem Berichte aber auch darauf hin, daß sich bereits wieder Anzeichen für eine Besserung bemerkbar machen und vor allem die Reichstagswahlwahlen in Bayern und Zwidau gezeigt haben, daß wir des Vertrauens der breiten Masse der Bevölkerung sicher sind. Daraus können wir die Zuversicht schöpfen, auch bald wieder zu besseren Organisationsverhältnissen zu kommen.

Landessekretär Genosse Hlzig wies besonders darauf hin, daß es infolge der Einberufung der taftkräftigsten Genossen stark an Funktionären und führenden Organisationsleitern gefehlt habe. Doch habe sich jetzt auch die Agitation wieder belebt, insbesondere sei in letzter Zeit die Zahl der Versammlungen zahlreicher gewesen. Genosse Dr. Grabnauer wies besonders darauf hin, daß der Abkennentstand der sächsischen Parteipresse ein wesentlich günstigerer sei als der der Organisation. Die Versammlung erteile dem Landesvorstand einstimmig die übliche Entlassung. — Ein Antrag der Ortsgruppe Riesa, die auf ein Mittrauensvotum für den Landesvorstand abzielte, weil er die durch den Krieg herbeigeführte Krise nicht zur „Aufrechterhaltung des Volkes und Befähigung der kapitalistischen Klassenherrschaft benützt“ habe, fand keine Unterstützung, dagegen wurde ein Antrag des 4. Wahlkreises (Dresden-Neustadt) dem Landesvorstand überwiesen, wonach den Genossen empfohlen werden soll, sich weiterer Erörterungen über den Parteifreie zu enthalten und sich den praktischen und organisatorischen Aufgaben zu widmen.

Am Montag begannen die Verhandlungen mit einem Bericht des Landtagsabgeordneten Hlzig über die Tätigkeit der Landtagsfraktion, aus dem sich ergab, daß die sächsische Landtagsfraktion in vollem Maße ihre Schuldigkeit getan und so gewirkt hat, daß sie im Interesse der breiten Masse des Volkes erreicht hat, was unter den gegenwärtigen Verhältnissen möglich war.

Ueber die Landtagswahlrechtsreform und die innere Neugestaltung referierte Genosse Landtagsabgeordneter Nitzsche. Er gab ein umfassendes Bild von den noch nicht abgeschlossenen Kämpfen im Landtage und die Wahlrechtsreform, die Reform des sächsischen Herrenhauses und eine freiheitliche Milderung der Verfassung. Sowohl der Referent wie die Redner in der Debatte geißelten scharf das wahlrechtsfeindliche

Verhalten der sächsischen Regierung, die sich jeder ernstlichen freiheitlichen Reform entgegenstellt.

Nachdem die Genossen Dr. Grabnauer, Raßmann, Scherfig und Winkler den Stand der Neugestaltung in Sachsen eingehend besprochen und dabei gefordert hatten, daß sich der Kampf ferner in erster Linie gegen die reaktionäre Regierung und die konservativen Kräfte müsse, wurde eine Resolution angenommen, wodurch der Landtagsfraktion bestätigt wird, daß sie ihre Schuldigkeit getan, der Regierung das schärfste Mißtrauen ausgesprochen und die Genossen im Lande aufgefordert werden, alle Kräfte für den Kampf um Recht und Freiheit im Lande einzusetzen.

Sodann referierte Genosse Landtagsabgeordneter Helst über die Uebergangswirtschaft, wobei er besonders die Schwierigkeiten betrafte, die für die Exportindustrie, besonders aber für die Textilbranche in Sachsen erwachsen. Die hierzu angenommene Resolution faßt unter Berücksichtigung der sächsischen Verhältnisse die von unserer Seite zur Frage der Uebergangswirtschaft gestellten Forderungen zusammen.

Ein Antrag der Frauen aus dem 23. Reichstagswahlkreis, eine Landesversammlung der sozialdemokratischen Frauen einzuberufen, wurde dem Landesvorstand überwiesen.

Bei der Neuwahl des Landesvorstandes wurden die Genossen Braune-Radeberg, Dr. Grabnauer und Sindermann einstimmig wiedergewählt.

Nach einem aufmunternden Schlußwort des Vorsitzenden, Gen. Eggert, wurde die vom besten Geiste erfüllte Landesversammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die alte deutsche Sozialdemokratie geschlossen.

10. badischer Reichstagswahlkreis Karlsruhe-Bruchsal.

Wir machen die örtlichen Vertrauensleute darauf aufmerksam, daß das Material für das 1. Vierteljahr 1918/19 verzeichnet und in den Händen der Kassierer ist. Zugleich eruchen wir die Abrechnungen frühzeitig fertigzustellen.

Die Kreisleitung, J. A. Abele.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 13. Juni.

Am Bundesratsitz: Kriegsminister v. Stein. Vizepräsident Dove eröffnet die Sitzung 1.20 Uhr. Die Beratung des

Geheersekrets

wird fortgesetzt. Ein Vertreter des sächsischen Kriegsministeriums weist mehrere Vorwürfe zurück, die der Abg. Rysfel (L. Soz.) gegen sächsische Truppenteile erhoben hatte. Die „Leipziger Volkszeitung“ sei wegen ihrer Richtung verboten worden, die als für uns gefährlich auch von dem Feinde erachtet werde.

Abg. Haug (E.): Meine Mitbürger verwahren sich dagegen, daß die militärischen Kommandos ihnen mit gesteigertem Mißtrauen begegnen, daß behauerliche Einzelfälle verallgemeinert und Elsaß-Lothringer mit einem anderen Maßstab gemessen und als Soldaten milderer Rechte behandelt werden. Ist die Zahl der Ueberläufer bei den Elsaß-Lothringern größer als bei den anderen Volksstämmen? Von zwei Elsaß-Lothringern soll die Hälfte Offiziere veratet worden sein. Trifft dies zu, so will kein gutgesinnter Elsaß-Lothringer mit ihrem verbrecherischen Tun etwas zu tun haben. Gerechtigkeit für das schwergeprüfte Volk! Laßt es wieder seiner Zukunft froh werden!

Abg. Schirmer (Zentr.): Bei einer so großen Organisation, wie es das Heer ist, sind Mißstände unumgänglich. Wenn der Hauptmann sich um das Essen kümmert, dann heißt auch die Stimmung erhalten. (Sehr richtig!) Ein Zusammenwürfeln der Volksstämme gnedts sprachlicher Studien ist unangebracht. Wenn die Reklamation der Gewerkschaftsführer kritisiert worden ist, so muß darauf hingewiesen werden, daß sie sehr gute Dienste geleistet haben. Gerade Söhne wohlhabender Eltern sind noch im Lande und gehen ihren Geschäften nach. Andere erhalten kaum Urlaub, viele seit zwei Jahren nicht, um sich zu überzeugen, wie das Geschäft dahinter zurückgeht. Vielleicht läßt sich die Entlassung der Jahrgänge 1871 und 1872 bald ermöglichen. Die Briefzensur mag unter Umständen notwendig sein, sie muß aber in Grenzen bleiben. In welchem Verhältnis stehen die Kriegsanleihebeziehungen der Offiziere zu denen der Mannschaften? Wieviel haben die kommandierenden Generale gezeichnet? Auch ein Drittel ihres Gehaltes?

Oberstleutnant v. Franzstedt: Die Behandlung der Kriegsgefangenen bei uns ist besser als in irgend einem anderen Lande.

Die Befürchtung, daß aus russischer Gefangenschaft zurückgekehrte deutsche Soldaten bei einer neuen Gefangenschaft im Westen erschossen werden würden, ist nicht berechtigt. Jedenfalls wird zum Schutz unserer Leute alles getan.

Abg. Böhle (Soz.): Die Einziehung unserer Arbeiter geschieht oft aus politischen Gründen. Das Burschenwesen nimmt überhand. Die Elsaß-Lothringischen Soldaten klagen dauernd über Zurückstellung vom Urlaub. Wie lange sollen die Verkehrsbeschränkungen für Elsaß-Lothringer beibehalten werden? Die Bevölkerung will deutsch bleiben, will aber ihre Eigenart bewahrt wissen. Elsaß-Lothringen gebührt vor allen Dingen bundesstaatliche Selbständigkeit.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (F. Sp.): Beim Aufklärungsdienspielt die Aufschwärzung des deutschen Parlaments eine trübe Rolle. Die Zurückziehungen von Söhnen aus Familien, die bereits große Blutopfer gebracht haben, haben sich noch weiter verschlimmert. Während mancher Mann dringend zu Hause im Geschäft gebraucht wird, steht er ganz nutzlos in der Etappe. Zehntausende von K.-B.-Leuten sollen noch in den Schreibstuben herumstehen. Da ist eine zuverlässige Statistik dringend erwünscht. Die Mannschaft wird vielfach verschwendet. Für die Schweinegucht eines Kommandeurs werden für sieben Schweine acht Soldaten verwendet. Wahrscheinlich ein teurer Schweinebraten! (Gelächter.) Ein warmes Wort der Anerkennung verdienen die Aemterkriegssoldaten, die Munitionskolonnen und die Noten Kreuzschwestern. Ist es wahr, daß ein Wehrerlass besteht, wonach an der Front in erster Linie Landwehr- und Reserveoffiziere zu verwenden sind? (Kriegsminister v. Stein ruft: Kein Wort mehr davon! Bravo! rechts.) Die Klagen der alten Landsturmeute müssen schneller und williger verfolgt werden. Das Beschwerderecht für die Soldaten ist einfach illusorisch.

Kriegsminister von Stein: Der Abg. Dr. Müller-Meinungen hat mehrfach Verdächtigungen ausgesprochen gegen eine Gruppe von Leuten, die draußen ihre Mut gelassen haben und von denen der größte Teil draußen beerdigt liegt, gegen die aktiven Offiziere, zu deren Gunsten die Offiziere des Beurteilungsausschusses in vorderster Linie verwendet wurden. Wenn er, wie er selber sagt, nicht daran glaubt, dann muß er bedenken, daß seine Aeußerungen in der Öffentlichkeit ganz anders bewertet werden. Stimmt er selbst nicht daran, dann hat er auch nicht das Recht, es auszusprechen. (Unruhe links. Ungehört! Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Helb (Natl.): Die Gefangenenerbehandlung ist bei uns vielfach zu milde gegen die Behandlung, die unsere Brüder im Auslande erfahren. Bei der Entlassung aus dem Lazarett sollte nicht auf die Leute eingewirkt werden, auf ihre Remte zu verzichten. Die Kriegsverwendungsfähigen Leute aus den Kriegspojellschaften sollten ausnahmslos eingezogen werden, dagegen die eingezogenen Untauglichen frei gegeben werden.

General von Brissberg: Den vorgebrachten Klagen wird nachgegangen und den Wünschen nach Möglichkeit entsprochen werden. Daß Urlaub nur gegen Geschenke gewährt wird, trifft nicht zu. Die Nachforschungen nach der Gesinnung aus Rußland heimgekehrter Kriegsgefangener ist notwendig, da die Volkswirtschaft beunruhigt durch sie, ihnen ihre Idee einzuschleppen. Das ist eine Gesinnungsschulffrei, sondern unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit. Wenn Soldaten bei Streiks in Verleumdung gehalten werden, dann geschieht dies, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, nicht um aus Vater und Mutter zu scheißen.

General Febr. Langemann von Erientalp: Vom Begnadigungsrecht wird reichlich Gebrauch gemacht, ebenso vom Strafausschub, der in vielen Fällen zur Begnadigung führt, wenn es vorgekommen ist, daß in einem Lazarett ein zu Entlassender scharflich die Erklärung abgeben sollte, auf eine Remte zu verzichten, um entlassen zu werden, so werde ich meine Person dafür einsetzen, daß solch ein großer Unfug aufhöre. (Beifall.)

Abg. Napp-Waben (Natl.): Wünsche auf Verleumdung landwirtschaftlicher Arbeiter müssen berücksichtigt werden.

Darauf wird vertagt. Persönlich weist Abg. Dr. Müller-Meinungen (F. Sp.) den Vorwurf des Kriegsministers zurück. Der Kriegsminister habe kein Recht, den Abgeordneten vorzuschreiben, was sie hier vorzubringen hätten. Seine Antwort habe nicht der loyalen Form entsprochen, in der die Klagen vorgebracht worden seien.

Nächste Sitzung Freitag mittag 1 Uhr. Anfragen, Fortsetzung der heutigen Beratung. Schluß 7 Uhr.

Der Antrag Kofelke abgelehnt.

Berlin, 12. Juni. (WB. Nicht amtlich.) Der Ernährungsausschuß des Reichstags lehnte heute die Anträge Kofelke (N.), Helb (Natl.) und Jexter (Natl.) zur Veränderung der Organisation ab. In der der Abstimmung vorausgehenden Aussprache führte der Staatssekretär von Waldow u. a. aus: Die öffentliche Bewirtschaftung der Lebensmittel und Futtermittel ist bei den jetzigen Verhältnissen notwendig. Jedes System einer solchen Bewirtschaftung bleibt aber unvollkommen, solange die Vorräte unter Bedarf bleiben, wie es jetzt der Fall ist. Ich bin natürlich für Verbesserungen bedacht, kann aber das gegenwärtige System so lange nicht aufgeben, wie eine Knappheit besteht. Das vorgeschlagene System der Landesumlage ist für die allgemeine Volksernährung unsicher, weil die notwendige Sicherung für die unermesslichen und nicht vorhergesehenen Ausfälle in einzelnen Landesteilen auch bei einer allgemein guten Ernte und für Nachforderungen von einzelnen Bedarfstellen, wie namentlich der Heeresverwaltung fehlt. Eine solche liegt lediglich in der allgemeinen Beschlagnahme der gesamten Ernte. Die Landesumlage enthält unerwünschte Härten für den Erzeuger, da die Umlage nicht individuell nach dem wirklichen Ertrag der Einzelbesitzer, sondern nur jammernüchtern verteilt werden kann.

Der Ernährungsausschuß beschäftigte sich sodann mit der Frage der Bewirtschaftung von Gemüse und Obst. Hierzu erklärte der Leiter der Reichsstelle für Gemüse und Obst: Bei der diesjährigen Festsetzung der Kirchengenpreise konnte die Kirchengenerte nicht übersehen werden. Die Erträge sind deshalb so gering, weil die Kirchengenerte in diesem Jahre etwa nur ein Drittel der normalen Ernte beträgt. Die Klagen, daß eine Festsetzung der Höchstpreise eine Verringerung des Angebots zur Folge habe, sind nicht richtig. Es ist nur das in den Läden nicht mehr zu Bucherpreisen verkauft wird. Die breiten Schichten des Volkes können jetzt Gemüse und Obst kaufen und es wird deshalb jammernüchtern gejeht. Die umgesetzte Menge an sich ist erheblich größer.

Aus aller Welt.

Eine Gerichtsverhandlung mit Hindernissen. Vor dem Schöffengericht für Kistenfeldbruch in Oberbayern mußte dieser Tage eine Gerichtsverhandlung wegen eines aufregenden Zwischenfalles unterbrochen werden. Ein Soldat, der im Richterzimmer der Verhandlung gegen seine Ehefrau bewohnte, stürzte plötzlich in den Sitzungssaal und machte dem antretenden Richter laute Wortwürfe. Als der Richter drohte, er werde den Soldaten wegen Ungehör vor Gericht zu einer Haftstrafe verurteilen, zog dieser sein Seitengewehr und drang auf den Richter ein. Der Amtsrichter samt der Protokollführerin konnten sich nur durch schnelle Flucht aus dem Fenster vor dem Mörder retten.

Sankt Nikolaus und der Gehrod. Jemandem in einer süddeutschen Residenz hatte kürzlich der Magistrat zur freiwilligen Kleiderablieferung aufgefordert. Ein patriotischer Beamter einer hohen Behörde ging an seinen nicht eben vollen Kleiderkasten und stellte da fest, daß dort u. a. ein idöner alter Gehrod hänge. Da die Mode dieses ehewürdige Stück halt gesteckt hatte, so entschloß sich unser Mann zur freiwilligen Ablieferung bei der Sammelstelle. Da kam ihm in Erinnerung, daß sich in dem Amte, in dem er beschäftigt ist, jeder Urlaub vor seiner Abreise in Gehrod und weicher Binde bei seinem Chef melden müsse. Vorsichtig, wie unser Mann war, ging er also zunächst zu diesem Vorgesetzten und fragte, ob er künftig den Abgabepapier auch in einem Straßenzug machen dürfe. Diese Frage wurde mit aller Entschiedenheit verneint, da ansonsten die Magistral in jenem Ministerium aufs ärgste gefährdet werde. — So geschah gegen Ende des vierten Kriegsjahres in einem hohen Amte, das sich ausschließlich mit Kriegsangelegenheiten zu befassen hat. (Frankf. Ztg.)

General und Droßkufenfischer. Das Erlebnis eines Generals mit einem Droßkufenfischer bildete den Gegenstand einer Anklage wegen öffentlicher Beleidigung und Verletzung der Droßkufenpolizeiverordnung, die eine Berliner Strafammer als Verurteilung beschloß. Der Droßkufenfischer Paul

Ludwig war vom Schöffengericht wegen dieser Straftaten zu 60 Mark Geldstrafe und 2 Tagen Haft auf Grund folgenden Sachverhalts verurteilt worden: Eines Tages wollte Generalmajor v. D. die Droßkufe des Angeklagten in Wilmersdorf zu einer Fahrt nach dem Anhalter Bahnhof benutzen. Der Richter fragte gedehnt: „Nach dem Anhalter Bahnhof? Ja, wenn Sie meinen Herde einen Sodhafer geben, werde ich Sie fahren.“ Dann entlossen dem Gehege seiner Jähne bei seiner Zurückweisung allerhand weitere idöne Redensarten: „Bal, droh'n woll'n Se och noch? Ja werde ihnen gleich bei drohen! Anzeigen? Se wissen doch, der größte Schuft im ganzen Land ist und bleibt der Demuziant! Schon so alt und grau geworden und noch so ein Tierchinder.“ Gegen das Urteil legte der Angeklagte Berufung ein, indem er behauptete, er sei gar nicht der betreffende unhöfliche Kurdiener gewesen. Das Gericht hatte jedoch keinen Zweifel betrefis seiner Person und erkannte daher auf Verurteilung der Berufung.

Explosion in einer französischen Munitionsfabrik. In einer 60 Kilometer von Marseille entfernten Munitionsfabrik entstand eine Explosion, die so gewaltig war, daß in Marseille Fenster-scheiben zerprangen. Es sollen dabei große Munitionsbestände vernichtet worden und über 100 Tote und 50 Verwundete zu beklagen sein. Weitere Einzelheiten über die Katastrophe fehlen noch.

Vom Simplotunnel. Die Arbeiten an der Südseite zum Ausbau des zweiten Simplotunnels müssen wegen Mangel an Arbeitskräften und der Unmöglichkeit der Beschaffung der Materialien vorläufig in kurzer Zeit eingestellt werden.

Schweres Unglück durch eine Sandgranate. Als Leutnant Frennar in der Ketterbarade in Jansbrud einen Vortrag über Sandgranaten hielt, explodierte plötzlich das Demonstrationsexemplar und verletzte ihn schwer. Von einer zufällig vorbeimarschierenden Kompanie wurden 8 Mann verletzt. Auch der Kantinenwart und seine Frau erlitten Verletzungen. Von den verunglückten Soldaten sind bereits zwei gestorben, einer liegt hoffnungslos darnieder.

Verzere und bezieht bekommen... minster im Bed... bezieht von pen... streig... —, von... das d... ten. J... Aufst... Mant... Wirkung... Kriegsb... In... und den... gewähre... an eine... Per... hüßen f... bereits... Vergeb... irgend... da j... m... b... einen... zahl der... mit einer... lung be... aber so... gelang... Die... jages d... lieferu... von Er... gelang... der Zei... benannt... Verkehr... beeren... Mad... ichen u... aertige... Erdbree... ben, so... Erntez... ist. Wo... in Kar... man ein... jeder le... bleib... das den... hantere... jedoch d... aufkänd... tungen... ler und... ten, sich... soll das... Eing... alle G... schrit... Von... 26. Jah... hervor... Bern. B... Wiffell... Der Ju... mann. — Notiz... und Pa... Die... Buchgan... 3.90 M... Post nur... Hoff lost... Prot... Vom... Jahrgan... Der... jederzeit... Stuttgar... beziehen... Part... schaft, D... Gegenst... Wänemar... vielen Z... politischen... schreib... auch in... Von... Leitternu... Die... Nummer... menspre... band 86

Soziale Rundschau.

Die Kriegsbeihilfen.

Berlin, 20. Mai. In weiten Kreisen der pensionierten Offiziere und der Militärrentenempfänger und ihrer Hinterbliebenen besteht immer noch die Auffassung, daß sie keine Kriegsbeihilfen bekommen können. Diese Auffassung ist irrig.

Schon durch Erlass vom 14. Dezember 1917 hat das Kriegsministerium angeordnet, daß auch den oben erwähnten Personen im Bedarfsfalle Kriegsbeihilfen, auf die ein Rechtsanspruch nicht besteht, auf Antrag bewilligt werden können. Die Anträge sind von pensionierten Offizieren und ihren Hinterbliebenen an das Kriegsministerium — Versorgungs-Abteilung für Hinterbliebene —, von Militärrentenempfängern und ihren Hinterbliebenen an das örtlich zuständige stellvertretende Generalkommando zu richten. Im übrigen kommen ebenso wie für die Zivilbeamten im Ruhestande und ihre Hinterbliebenen auch für die pensionierten Beamten der Heeresverwaltung und ihre Hinterbliebenen, mit Wirkung vom 1. April 1918 ab, erhöhte Sätze von laufenden Kriegsbeihilfen in Frage.

In gleicher Weise können die den pensionierten Offizieren und den Militärrentenempfängern und ihren Hinterbliebenen zu gewährenden laufenden Kriegsbeihilfen vom 1. April 1918 an eine Erhöhung erfahren.

Personen, die einen Antrag auf Bewilligung von Kriegsbeihilfen bereits vorgelegt haben (gleichgültig, ob sie solche Beihilfen bereits beziehen oder noch nicht, oder ob sie einen ablehnenden Bescheid erhalten haben), brauchen einen neuen Antrag oder irgend welche Anträge in dieser Angelegenheit nicht zu stellen, da sämtliche bisher eingegangenen Anträge durch die zuständigen Behörden von Amts wegen ihre Erledigung finden oder einer Nachprüfung unterzogen werden. Bei der sehr großen Anzahl der hierbei in Betracht kommenden Anträge kann natürlich mit einer sofortigen Festsetzung oder Neu Festsetzung und Auszahlung der Kriegsbeihilfen nicht gerechnet werden. Letztere werden aber so schnell wie irgend möglich zur Anweisung und Auszahlung gelangen.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 14. Juni.

Die Badische Obstversorgung schreibt: Infolge schlechten Anlaufes der Kirchbäume war im Vergleich zum Vorjahre die Anlieferung von Kirchen eine weitaus geringere und die Zufuhr von Erdbeeren infolge der Trockenheit sehr mäßige. Trotzdem gelang es der Geschäftsstelle der Badischen Obstversorgung in der Zeit von Ende Mai bis 8. Juni in Baden an die Lebensmittelämter, Kommunalverbände, Bürgermeister und Verkehrsämter 2310 Zentner Kirchen, 2415 Zentner Erdbeeren und 15 Zentner Stachelbeeren abzugeben.

Nach der Zufuhr sind also die Ausfichten auf frühe Kirchen und Erdbeeren sehr gering. Kirchen gibt es tatsächlich weniger als voriges Jahr, d. h. es wachsen weniger und die Erdbeeren sind infolge der Trockenheit überhaupt selten geblieben, sodaß auch da nicht mehr viel zu erhaschen ist, zumal die Erntezeit für Erdbeeren in höchsten 8 bis 10 Tagen beendet ist. Von dem oben angegebenen Quantum Kirchen haben wir in Karlsruhe nicht viel zu sehen bekommen. Nur zufällig hat man einmal einige Pfund kaufen können. Wir haben in unserer letzten Wochensummer schon die Frage behandelt „Wo bleibt das Obst?“ und die Vermutung ausgesprochen, daß das den Händlern und zum Teil Geschäften zugewiesene Obst hinterherum fortwährend an gut zahlende Käufer veräußert wird, sodaß das übrige Publikum das Nachsehen hat. Wie uns von zureichender Seite mitgeteilt wird, wurden tatsächlich Beobachtungen in dieser Hinsicht gemacht, sodaß von nun an die Händler und sonstigen Verkaufsgeschäfte, die Obst zugewiesen erhalten, sich strengen Vorschriften unterwerfen müssen. Außerdem soll das Obst wie die übrigen Lebensmittel rationiert

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

Alle hier bezeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Buchhandlung bezogen werden.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 10. Heft vom 2. Band des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die geplante internationale sozialistische Konferenz in Bern. Von Heinrich Cunow. — Das Koalitionsrecht. Von Rudolf Wissell. II. — Peter Breradowitsch. Von Hermann Wendel. — Der Jugendliche in der Lebensgemeinschaft. Von Richard Weismann. — Aus unserer Bücherei. Von Edgar Steiger (München). — Notizen: Zum Frieden mit Rumänien. Von Hermann Wendel und Max Grundwald. Die englische Staatsfiskal.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3.90 M., das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. — Das einzelne Heft kostet 30 Pfennig.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 12. Nummer des 35. Jahrgangs erschienen.

Der Preis der Nummer ist 15 Pfg. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. S. W. Dieß Nachf. & M. S. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolportage zu beziehen.

Barbus, Im Kampf um Wahrheit. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin. Preis 1.20 M. Barbus ist während des Krieges Gegenstand heftigen Streites gewesen. Im letzten Wahlkampf in Dänemark wurden Flugblätter und Broschüren gegen ihn zu vielen Tausenden von Ententevölkern verbreitet. Um den vielen politischen und persönlichen Verleumdern Antwort zu geben, schrieb Barbus für seine russischen Freunde diese Broschüre, die auch in der deutschen Uebersetzung viele Leser finden dürfte.

Von der Gleichheit, Zeitschrift für Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 18 des 28. Jahrgangs zugegangen.

Die Gleichheit erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfg. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pfg.; unter Kreuzband 35 Pfg. Jahresabonnement 2.60 M.

und auf Karten abgegeben werden. Das erscheint uns auch als das richtige, denn so wie die Zustände bis jetzt waren, kann man sie nicht lassen.

Selbstredend lassen sich nicht alle Händler auf solche Unregelmäßigkeiten ein. Es gibt eben überall unlaute Elemente, unter denen die anderen leiden müssen. Augenblicklich Obsthändler zu sein, scheint uns auch kein Schicksal zu sein. Das Publikum benimmt sich ihnen gegenüber oft recht unvernünftig und herausfordernd. Viele meinen, wenn nur sie haben, ob die andern was bekommen, ist ihnen egal. Solchen Leuten gegenüber haben die Händler einen schweren Stand.

Das Ende des Buchenlaub-Tabaks. Der „Frankf. Ztg.“ wird berichtet, die weitgehende Verwendung von Laub als Tabakzusatz habe sich als nicht durchführbar erwiesen. Die Windener Zentrale für den Heeresbedarf hat an die Tabakfabrikanten die Mitteilung ergeben lassen, daß die Verwendung von getrocknetem Buchenlaub für Tabak, der für den Heeresbedarf bestimmt ist, nicht mehr statthaft ist.

Die Kritik der Presse hat also gewirkt. Hoffentlich bezieht man jetzt die Soldaten nicht mit einem Tabak aus Buchenlaub-„Ertrag“, denn es gibt in deutschen Gärten, Fluren und Wäldern noch gar viele Bäume und Büsche, die ein ebenso schönes Laub tragen wie die jetzt austangierte Pflanze. Wenn kein Laub mehr vorhanden ist, so verabschiede man gar nichts und verlicone die Raucher mit solchem Schwindelzeug. Wer Baumblätter rauchen will, der kann sie sich selber zusammensuchen, dazu bedarf es keiner großmächtigen „Zentrale“, die den zusammengekauften Laub auf dem Wege des Verbrauchers auf dem Wege über die Tabakfabrikanten für teures Geld zuzuführen läßt.

Pfäler „Tabak“. Aus der Pfalz wird gemeldet: „Eingelieft“ sind die Pfälzer haben die Erlaubnis zur Sammlung von Buchenlaub für Zwecke der Tabakfabrikation erteilt. Das aus dem Pfälzerwald allein abgegebene Quantum beläuft sich auf 60 000 Zentner, und da sich die Forstverwaltung für den Zentner 5 M. bezahlen läßt, so beläuft sich die Einnahme auf 300 000 M. Dazu kommt dann noch das Laub aus Privatwaldungen und das auf dem Wege des Waldreviers geholt. Die Unternehmer erhalten von den Fabrikanten 10 M. für den Zentner, von welchem Verdienst der Lohn für die Sammler und der Transport zu bestreiten ist. Das beste Geschäft machen die Fabrikanten und Händler, die das Zeug zu unerschämten Preisen verkaufen. Die Angeschmähten sind die Raucher dieses überduftenden Krautes.

Die Kleintunikhöhle „Bien-Münden“, welche zurzeit im Colosseum gastiert, tritt seit vorgestern mit einem neuen Programm an die Öffentlichkeit, das eine recht gute Note verdient. Aus dem vorigen Programm sind die bewährten Kräfte, die Sängerin Mary Sagittier, der ausgezeichnete Humorist Otto Bonninger, der unbegabte Josef Schäffer und der Damen-Imitator Man de Wirth übernommen. Dazu sind neue gute Kräfte gewonnen, unter denen besonders die Soubrette Hildegarde Ramon und die Deutsch-Kamerunerin Maria Parker, eine junge schwarze Dame von sympathischem Wesen und mit guten künstlerischen Fähigkeiten, auffällt. Man kann sagen, die Künstlerin sowohl wie die Direktion haben ihr Bestes, um sich des Beifalls würdig zu erweisen. In dem neuen Programm kommt aus der den Karlsruhern auf das beste bekannte Damen-Imitator Man de Wirth entsprechend zur Geltung; daß sein Auftreten heute noch als die Glanznummer des Programms zu bezeichnen ist, dürfte unbestritten sein. Es haben sich ja schon viele in diesem Fach versucht und auch Erfolge erzielt. Aber wir kennen keine männliche Natur, die so fein und überraschend akkurat auf den femininen Einfluß reagiert, wie Man de Wirth. Mit besonderer Beobachtungsgabe hat er jede kleinste Bewegung in Mine und Gebärde dem fogen. schwachen Geschlecht abgelauscht und versteht es mit erstaunlichem Geschick zu kopieren. Seine „Französin“ ist eine Leistung ersten Ranges. Die Direktion hat die Leistungen der Künstlerin recht geschickt in einem Theaterstück „Das Theater ohne Männer“ originell verwertet, das zweifellos seine Zugkraft ausüben wird. Er ist überdies an guten Einfällen und heiteren Szenen vom Anfang bis zum Schluß, sodaß jeder, der lachen will, auf seine Rechnung kommt.

Abstiebsabend Lützjohann. Wir wollen nicht verjamen, auf den heute Abend im Gemeindehaus in der Blücherstr. 20 stattfindenden Abstiebsabend von Herrn Lützjohann nochmals hinzuweisen und wünschen wir dem hier überaus beliebten Künstler ein ausverkauftes Haus. Karten sind zu haben in der Musikalienhandlung Fritz Müller, Kaiserstraße, Ede Waldstraße, sowie an der Wendeltasse.

Aufenthaltsdauer für Fremde in badischen Kurorten. Das Ministerium des Innern hat die Dauer des zulässigen Aufenthalts für ortsfremde Personen in den Kommunalverbandsbezirken Albern, Baden-Band, Bönndorf, Bühl, Donaueschingen, Freiburg-Land, Pfaffenloof, Rastatt-Land, Säckingen, St. Blasien, Schönau, Schopfheim, Stufen, Triberg, Ueberlingen, Willingen-Stadt und Willingen-Land, Waldbrunn und Wolfach auf 3 Wochen festgesetzt. In den Orten mit Heilbädern verbleibt es bei einer zulässigen Aufenthaltsdauer von 4 Wochen.

Konstanz, 14. Juni. Seit Jahresfrist ist nach dem „Seeboten“ in Badischen Fischereifreien eine Bewegung im Gange, die als Ziel einen engeren Aufammenschluß der badischen Fischerei auf genossenschaftlicher Grundlage erstrebt. In erster Linie geben die besonders schwierigen Verhältnisse der Betriebsmittelversorgung hierzu dringenden Anlaß. Die hauptsächlichsten Betriebsmittel für die Fischerei sind beschlagnahmt, wie z. B. Garne, Tauwerke, Konservierungsmittel, Vitriol, Karbolium, Leer, Nebe, Rehbüchel, Korke, Flottholz, Weiden usw. Diese und noch viele anderen Fragen fördern den Genossenschaftsgedanken.

Letzte Nachrichten.

Die Verteidigung von Paris.

Bern, 13. Juni. (WZ. Nicht amtlich.) Aus Anlaß der Schaffung eines Verteidigungsausschusses in Paris weist die Presse darauf hin, daß man daraus nicht schließen dürfe, die französische Hauptstadt sei in Gefahr. Man wolle nur für den Fall einer Belagerung oder Bedrohung von Paris schon jetzt alle Vorbereitungen treffen.

Der „Temps“ meint, Paris werde zu allen Opfern bereit sein. Die Erpressungen, die Deutschland versuche, würden zwecklos sein. Teilweise Zerstörung von Paris würde niemals bewirken, daß Frankreich irgend welche Zugeständnisse oder demütigende Friedensangebote machen werde.

Seibat verlangt in der Zeitung „Gure“, daß jetzt schon alle Maßnahmen für eine ernsthafte Verteidigung von Paris getroffen werden.

„Gomme Libre“ erklärt u. a.: Die außerordentliche Bedeutung von Paris beruht zunächst darin, daß es die Hauptstadt Frankreichs, dann aber vor allem die Hauptstadt des Ententekrieges sei. Man brauche den Deutschen nicht zu sagen, welche Bedeutung die Stadt als strategisches Zentrum aller alliierten Armeen an der Westfront habe. Eisenbahn, Straßen und Kanäle aller Art liefen von Paris aus. Paris sei ein unergleichliches Kraftzentrum der Intelligenz, Arbeit und aller Hilfsmittel. Vielleicht sei dies eine nachteilige Folge jahrhundertelanger Zentralisation, die aber jetzt nicht beseitigt werden könne. Paris sei der Lebensknoten, den man jetzt schützen müsse.

Brunei, der Mitglied des Verteidigungsausschusses ist, erklärt im „Matin“: „Frankreich werde alle Opfer bringen. Man werde alles tun, um eine Beschießung der Hauptstadt aus nicht allzu großer Entfernung zu verhindern, denn durch eine kräftige Beschießung von Paris würde den für die nationale Verteidigung wichtigsten Lebensnerven der Industrie ungeheurer Abbruch getan werden.“

Die polnische Legion vor dem Kriegsgericht.

Marmaros-Sziget, 13. Juni. (WZ. Nicht amtlich.) Meldung des k. u. k. Corr.-Bureaus. Am heutigen Verhandlungstage wurde die Einvernahme des Rittmeisters Oskaloicz beendet, der seine Rolle als Eskortführer des bei dem Vormarsch mitgenommenen Stabes des polnischen Hilfskorps bestritt. Hierauf wurde Legationsrat Joseph Pamas verhöört, der sich für unschuldig erklärte und äußerte, daß er auf Grund der ihm bekannten Verfügungen der österreichisch-ungarischen und polnischen Behörden insbesondere auf Grund des im April 1917 erlassenen Allerhöchsten Befehls-Gandfchreibens sich nicht mehr als österreichischer, sondern als polnischer Staatsangehöriger betrachtet habe. Er war immer der Ansicht, daß die beste Lösung der polnischen Frage der Anschluß Polens an die Monarchie unter dem Zepher der Dynastie Habsburg wäre. Dieser Auffassung war er auch in dem Moment treu geblieben, in welchem unter den Legionären andere Strömungen die Oberhand gewonnen hatten.

Berlin, 13. Juni. (WZ. Nicht amtlich.) Der große Erfolg zwischen Montdidier und Royon hat gezeigt, daß die Deutschen auch die stärkste französische Front durchbrechen, selbst wenn das Ueberraschungsmoment fehlt. Sämtliche Gefangene lagen übereinstimmend aus: Der deutsche Angriff sei schon drei bis vier Tage vorher bekannt gewesen. Die französische Artillerie wurde erheblich verhärtet, Truppen wurden herangezogen und sämtliche nur mögliche Abwehrmaßnahmen getroffen. Die französischen Vorgelegen forderten in Ansprüchen und Befehlen ihre Truppen auf, bis zum letzten Mann die Stellungen zu halten. Trotzdem führte auch dieser deutsche Angriff zu einem großen und vollen Erfolge. Die Verluste des Feindes sind außerordentlich schwer. Das 11. Kavallerieregiment und das 131. Infanterieregiment können als aufgerieben gelten. Von dem 76. Infanterieregiment hat sich ein großer Teil gefangen gegeben.

Nach dieser schweren Niederlage vom 11. Juni griff am nächsten Tage wiederum der Gegner mit starken tief geführten Kräften und unterstützt von zahlreichen Tanks unsere Stellungen heiderseits der Riller-Strasse an. In hartem Kampfe wurde er auch diesmal unter schwersten Verlusten abgewiesen. Ein gegen 2 Uhr nachmittags gegen unsere Linien bei Antheil angelegter weiterer Angriff wurde durch unter Vernichtungsfürer zertrümmert und kam nicht zur Entwicklung.

Die nutzlosen Massenangriffe der Franzosen haben lediglich ihre Blutopfer in erschreckender Weise erhöht. Der 11. und 12. Juni gehören mit zu den verlustreichsten Tagen des Feindes seit dem 21. März. Dazu kommt, daß der Feind auch am 12. Juni aufs neue 3500 Gefangene an uns verlor.

Wasserstand des Rheins.

Schutterinsel 1.52 Meter, gef. 5 Zentimeter; Rehl 2.40 Meter, gef. 5 Zentimeter; Maxau 3.80 Meter, gef. 1 Zentimeter; Mannheim 2.81 Meter, gef. 3 Zentimeter.

Briefkasten der Redaktion.

N. O. 475. Ein gemeinschaftliches Testament braucht nicht vor dem Notar errichtet werden und bedarf auch nicht der notariellen Beurkundung, wenn es ein sogenanntes eigenhändiges Testament ist, das von den Eheleuten völlig selbst geschrieben und unterschrieben sein muß. Nähere Erläuterungen gibt das Anwaltsekretariat, an das sich vielleicht Ihre Frau wenden kann. Es empfiehlt sich übrigens, das eigenhändige Testament auf dem Notar zu schreiben, wo es vom Notar für Kriegsteilnehmer kostenlos beglaubigt wird.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Roth für den Inseratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Durlacherstr. 24.

Vereinsanzeiger.

- Karlsruhe. (Naturfreunde.) Sonntag, 16. Juni Wanderversammlung, Näheres morgen im Inseratenteil. 3802
- Karlsruhe. (Sängerbund Vorwärts — Rastatt.) Samstag Abend 1/9 Uhr Singstunde in der „Eiche“. Vollzähliges Erscheinen erwünscht. 3808
- Rastatt. (Deutscher Metallarbeiter-Verband.) Samstag, 15. Juni abends 8 Uhr im „Mappen“ Mitgliederversammlung mit Vortrag des Kollegen W. Hof aus Karlsruhe. 3807

Wird fortwährend neue Abonnenten

Bekanntmachung

über Einrichtungsgegenstände.

1. Wie wir am 1. Juni bekanntgegeben haben, sind die durch Bekanntmachung des stellv. kommand. General des XIV. A.-K. vom 26. März beschlagnahmten

- a) Türklinen, Türgriffe, Türhandhaben, Türknöpfe, Fenstergriffe und Fensterknöpfe,
- b) Gewichte, Hohlmaße und Brauseknöpfe,

zu melden. Da zweifellos noch nicht alle Meldungen eingegangen sind, verlängern wir hiermit die Meldefrist bis 22. Juni. Wir machen darauf aufmerksam, daß alle diejenigen, die bis dahin ihre Meldung nicht oder nicht vollständig erstattet haben, sich strafbar machen, falls sie nicht um Verlängerung der Meldefrist ausdrücklich nachgesucht haben.

2. Für die Meldung kommen gemäß obiger Bekanntmachung nur solche Gegenstände in Frage, die aus Kupfer, Kupferlegierung (s. i. Messing, Rotguth, Tombak, Bronze usw.) aus Nickel, Nickellegierung (Neusilber, Alpaca usw.), Aluminium und Zinn bestehen. Weitere Vorschriften für die Meldung gehen aus den für die Meldung vorgeschriebenen Meldevordrucken hervor. Nur Meldungen auf dem vorgeschriebenen Vordruck sind zulässig.

3. Die Meldevordrucke sind auf den Postgewächsen unentgeltlich zu haben und ebenfalls wieder abzugeben. Auskunft wird auf dem Statistischen Amt (Bähringerstraße 98) erteilt.

4. Alle beschlagnahmten „Einrichtungsgegenstände“ — auch die oben erwähnten meldepflichtigen — können bei der städtischen Metallstelle (Karlsruhe 30) abgeliefert werden. Der behördlich organisierte Ausbau der Gegenstände beginnt erst in einigen Wochen; er wird rechtzeitig bekannt gemacht werden. Vorher ist niemand befugt, im öffentlichen Auftrage die Gegenstände auszubauen und zu diesem Zwecke die Häuser zu betreten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Schwindler dies versuchen werden, um sich das Metall anzueignen. Wir warnen hiermit die Einwohnerchaft.

Karlsruhe, 18. Juni 1918.

Das Bürgermeisteramt.

3806

Weißer Käse.

Verkauf von weißem Käse in den Fettverkaufsstellen Nr. 217 bis 219 einschließlich von Freitag, den 11. bis Montag, den 17. Juni 1918 einschließlich an die eingetragene Kundenschaft gegen die Lebermittelmarke J Nr. 87.

Die Kopfumlage beträgt 1/2 Pf.

Preis 75 Pfennig für das Pfund.

Karlsruhe, den 18. Juni 1918.

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

3804

Städtisches Konzerthaus.

Freitag, den 14. Juni 1918, 1/8 Uhr

3803

Wiener Blut.

Alle Sorten

Glasabfälle

werden zu hohen Preisen angekauft.

S. Nachmann

3795

Karlsruhe-Mühlburg

Filiale Durlach

Sedanstrasse 15.

Pfinzstrasse 28.

Kräftige junge Männer

als Heizer gesucht.

Gesellschaft vorm. G. Sinner
Karlsruhe-Grünwinkel.

3791

Tüchtige

Kübler und Küfer

finden Beschäftigung

3782

Bad. Lebensmittelabrik Louis L. Stern & Cie.
Bannwaldallee 1 und 2.

Tüchtig. Werkzeugdreher

als Meister

in kleine Maschinenfabrik gesucht. Angebote mit Gehaltsansprüchen an

3807

Ingenieur Jakob Eichhorn,
Landau, Pfalz.

Größere Anzahl

saubere, fleißige

junge Mädchen

für unsere Nahrungsmittelfabrik gesucht.

Arbeitsbuch und Quittungskarte sind mitzubringen.

Gesellschaft Sinner,

Grünwinkel.

3726

Fröbel-Seminar des Badischen Frauenvereins.

Karlsruhe, Girschtstraße 126.

Kursus für Jugendleiterinnen mit Abschlußprüfung unter staatlicher Leitung. Beginn 1. November. Dauer 1 Jahr. Aufnahmebedingungen: Staatlich anerkannte Prüfung als Kindergärtnerin und 1 Jahr prakt. Arbeit in Kindergärten, Horten und ähnlichen Anstalten.

Kursus II für Kindergärtnerinnen gleichfalls mit Abschlußprüfung unter staatlicher Leitung. Beginn 1. November. Dauer 1 1/2 Jahre. Aufnahmebedingung: 10 Kl. höhere Mädchenschule.

Auskunft und Prospekte: Girschtstraße 126.

Geschäftsstunden: Montags, Dienstags, Donnerstags und

Freitags von 3-4 Uhr.

Der Vorstand der Abteilung II des Bad. Frauenvereins.

Aufpolstern

v. Pettrösten, Matratzen, 7 inwärts und Konovees usw. befolgt 2726

Polsterer Köhler, Schützenstr. 25.

Schneider

und tüchtige Bügler
sofort gesucht 3799

Mees & Löwe
Kaiserstraße 46.

3804

Einige junge

Burschen

im Alter von 15 bis 17 Jahren können sofort eintreten bei

A. Pring, Brauerei
Karlsruhe. 3784

Näherinnen

tüchtige Näherinnen auf Werkstatt und Heimarbeit sofort gesucht. Arbeitsbuch mitbringen.

Mees & Löwe
Kaiserstraße 46.

3799

Ein Bierführer

so wie gelernter

Bierbrauer

gesucht.

Brauerei Eglau
Durlach. 3767

Sportwagen zu verkaufen. Wilhelmstr. 73, 4. Et. 3797

Einem guten Fang



macht jedermann der seinen Bedarf in Messer u. Stahlwaren jeder Art deckt, wo dieselben auch fachmännisch geschliffen und repariert werden können. 3711

Karl Hummel, Werderstraße Nr. 15, Telefon 1547.

Gesucht

zu sofortigem und späterem Eintritt

Stenotypistinnen

Buchhalterinnen

(keine Anfängerinnen).

Städt. Arbeitsamt 3796.

Hilfsdienststelle Karlsruhe
Bähringerstraße 100, 2. St

Freie Turnerschaft Karlsruhe.

Am Samstag, den 15. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal Gambriunshalle (Ludwigplatz) 3703

Mitglieder - Versammlung

statt. Tagesordnung u. a.: Bundes - Jubiläum. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet
Der Turnrat.

Fussball.

Sonntag, den 16. Juni 1918
Klasse A.

Spielplatz K. F. V.:
Phönix I, II u. III gegen V. I. B. L. II u. III.

Spielplatz Reierheim:
F.-C. Mühlburg I u. II gegen F.-V. Beierheim I u. II.

Spielplatz in Berghausen:
F.-V. Florzheim I u. II gegen F.-C. Grözingen I u. II.

Spielplatz in Mühlburg:
F.-C. Ruppert I u. II gegen Südster Karlsruhe I u. II.

Spielplatz V. I. B. L.:
F.-V. Knieling I u. II gegen Konkordia Karlsruhe I u. II.

Beginn 1/3 und 4 Uhr.

Mandolinen, Gitarren,

Zithern, Ziehharmonikas, lauft 3899

Levy, An- u. Verkaufsgeschäft,
Markgrafenstraße 22.

Einige Partie

Frische und Dauerbrauöfen

so wie mehrere Kaiserens-Oefen und Gühängestel preiswert zu verkaufen.

Ernst Marx,
Lilienstraße 58,
Bermut 3086. 3892

Taschenuhren

wenn auch reparaturbedürftig, werden stets gekauft in 3899

Weintraubs An- und Verkaufsgeschäft,
Kronenstrasse 52.

Achtung!

mit Rollen und Umzüge Möbelwagen werden durch Selbsthilfe und gekübten Leuten gut und billig ausgeführt.

Näheres Adam Werle,
Göthestr. 21, 4. Et.

Abgängige Tiere

aller Art kauft

Städtisches Gartenamt
Karlsruhe. 3183

Badischer Landesverein vom Roten Kreuz

Abteilung: Auskunftsstelle für Verwundete und Vermisste.

Hilfe für kriegsgefangene Deutsche.

Geschäftsstelle: Nationaler Frauendienst, Kronenstr. 24.

Täglich geöffnet von 9-12 und 3-6 Uhr
Samstag von 9-1 Uhr. 3753

Das Städt. Schwimm- und Sonnenbad

am Rheinshafen

ist geöffnet. 3800

Jedes Quantum Lumpen, Knochen, Alteisen

Metalle

— soweit beschlagnahmefrei —

Altpapier

wie Akten, Geschäftsbücher, Kontokorrente, Registraturen, Packpapiere kauft unter

Garantie des Einstampfens 3801

Jakob Schneller

Rohprodukte, Karlsruhe

Durlacherstraße 34, Telefon 1597.

Ältere Arbeiter u. Arbeiterinnen

werden eingestellt.

Karlsruhe-Rheinshafen

Hansastraße 20. 3726

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.